

Österreich war in die „Beliefs in Government,-Studie nicht einbezogen. Dies ist umso bedauerlicher, als die behandelten Themen nicht nur zu den Schwerpunktthemen der jüngeren empirischen Politikforschung hierzulande zählen, sondern sich die angerissenen neuen Entwicklungen in Österreich frühzeitig abzeichneten (Plasser und Ulram 1982 und 1993; Ulram 1990) und zu ihrer Erklärung nur sehr bedingt auf exogen induzierte Faktoren (wie die deutsche Wiedervereinigung und ihre politischen und ökonomischen Folgeprobleme oder den Wegfall des kommunistischen Bedrohungsszenarios als „politischer Kilt, für die christdemokratische Hegemonie in Italien seit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa) zurückgegriffen werden muß.

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich dementsprechend auf zwei zentrale Bereiche:

- die politische Involvierung, also politische Partizipation, wobei neben den „klassischen Themen, (konventionelle und unkonventionelle Beteiligung) auch dem gesellschaftlichen Engagement im Sinne einer „civic society, besonderer Raum gewidmet wird;
- § die politische Unterstützung und die Auswirkungen verschiedener politisch-kultureller Orientierungen auf das politische System in Österreich.

2. Politisches Interesse und subjektive politische Kompetenz

Ein vergleichsweise geringes Ausmaß an politischem Interesse wie an staatsbürgerlichem Kompetenzbewußtsein zählten lange Zeit zu den Charakteristika der politischen Kultur Österreichs (Borre und Goul Anderson 1997; Barnes et al. 1979; Plasser und Ulram 1993; Gluchowski, Plasser und Ulram 1993; Rosenmayr 1980). Erst in den achtziger Jahren erfolgt ein partieller Politisierungsschub, der sich zunächst in einer Verdoppelung des (starken) politischen Interesses niederschlägt; umgekehrt fällt der Anteil kaum oder überhaupt nicht politisch Interessierter auf etwa ein Drittel der erwachsenen Staatsbürger. Ähnliche Tendenzen zeigen sich im Hinblick auf das Interesse an Außenpolitik oder die Arbeit des Parlaments. Allerdings setzt sich diese Entwicklung in der Folgezeit nicht weiter fort. Eine Dekade später stabilisiert sich das Niveau an politischem Interesse bzw. zeigen einzelne Indikatoren sogar eine leicht rückläufige Tendenz¹. Insbesondere bei Jugendlichen ist Ende der neunziger Jahre nicht nur ein Rückgang an politischem Interesse, sondern auch eine erkennbare Distanz zumindest gegenüber dem etablierten Politikbetrieb feststellbar: so geben 1999 44% der 14–24-Jährigen an, sich überhaupt nicht mehr um Politik kümmern zu wollen und nur an ihrem individuellen Wohlbefinden interessiert zu sein; beinahe die Hälfte meint, daß es keinen Einfluß auf ihr Leben hat, welche Partei gerade an der Regierung ist, und sieben von zehn bekunden, daß Politik in ihrem Freundeskreis keine Rolle spielt. Ein Befund, der offenbar auch für andere westeuropäische Länder Gültigkeit hat: „Generally increasing levels of political interest cannot be taken for granted in advanced industrial democracies, (Gabriel und Van Deth 1995: 398).

Tabelle 1: Politisches Interesse in Österreich (1974–1999)

In Prozent interessieren sich für Politik	1974	1978	1981	1985	1989	1991	1995	1996	1998	1999
sehr stark	14	13	11	24	25	27	25	31	26	24
etwas	39	40	40	41	39	39	42	40	40	41
kaum/überhaupt nicht	47	46	46	35	35	31	33	28	34	35

Quelle: 1974–1996: zit. nach Plasser und Ulram (1993: 109); FESSEL-GfK, Politische Indikatoren (1995); FESSEL-GfK, Politischer Kulturwandel in Österreich – Millenniumsprojekt (1996); FESSEL-GfK, Positionierungsstudie (1998); FESSEL-GfK, Stratotrend (1999).

Tabelle 2: Politisches Interesse und politische Distanz bei Jugendlichen (1980–1999)

In Prozent der 14–24-Jährigen interessieren sich für Politik	1980	1986	1992	1999
- sehr stark und eher stark	23	23	24	18
- eher wenig	39	34	42	33
- sehr wenig und überhaupt nicht	38	43	33	49

In Prozent der 14–24-Jährigen stimmen der Aussage zu ...	1980	1984	1986	1992	1999
- als junger Mensch sollte man heute die Finger von der Politik lassen	23	na.	18	na.	19
- es ist ziemlich sinnlos, zur Wahl zu gehen, weil man damit sowieso nichts ändern kann	na.	21	25	29	28
- ich kümmere mich überhaupt nicht mehr um Politik und schaue nur, daß es mir gut geht	na.	22	38	33	44
- welche Partei gerade an der Regierung ist, hat auf mein Leben nicht den geringsten Einfluß	45	na.	44	48	47
- in meinem Freundeskreis spielt Politik keine Rolle	63	na.	68	53	70

Quelle: FESSEL-GfK, Jugendstudien (1980–1999).

Als kontinuierlicher erweist sich die Entwicklung der subjektiven politischen Kompetenzzuschreibung (*internal efficacy*): 1996 glaubt immerhin jede(r) Zweite, einen guten Einblick in die wichtigsten Probleme des Landes zu haben, und vier von zehn halten sich für ausreichend qualifiziert, um am politischen Geschehen teilzunehmen. Jeweils ein Drittel vermeint Einfluß auf die Aktivität der Regierung zu besitzen bzw. ortet auch

Tabelle 3: Internes politisches Effektivitätsbewußtsein (Österreich 1974–1996)

„Effektive,, Antworten in Prozent*)	1974	1981	1989	1993	1996
a) Ich glaube, daß ich einen guten Einblick in die wichtigen Probleme unseres Landes habe				53	55
a) ich betrachte mich als ausreichend qualifiziert, um am politischen Geschehen teilzunehmen				41	43
b) manchmal ist die Politik so kompliziert, daß Leute wie ich kaum noch verstehen können, was vorgeht	26	23	30	32	42
b) Leute wie ich haben keinen Einfluß auf das, was die Regierung tut	18	28	24	33	32
b) neben dem Wählen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluß darauf zu nehmen, was die Regierung tut	10	20	31	30	38
a) ich glaube, daß ich mich in einer politischen Funktion genauso bewähren kann wie die meisten anderen Leute				31	36

*) a = Zustimmung zum Statement, b = Ablehnung des Statements.

Quelle: 1974: Political Action Studie; 1981: FESSEL-GfK/IFES, Parteienverdrossenheit (1981); 1989: FESSEL-GfK/IFES, Politische Kultur in Österreich (1989); 1993: FESSEL-GfK, Politische Effektivität (1993); 1996: FESSEL-GfK, Politischer Kulturwandel in Österreich – Millenniumsprojekt (1996).

andere Wege der Einflußnahme als nur den Gang zur Wahlurne. Zwei Jahrzehnte zuvor galt dies nicht einmal für ein Fünftel der Staatsbürger. Nach den vorliegenden Daten wurde dieser Anstieg an kognitiver politischer Mobilisierung (Hoffmann-Lange 1996) vor allem von berufstätigen Frauen und von Angehörigen der oberen Bildungsschichte (Maturanten/Akademiker) in überdurchschnittlichem Ausmaß mitgetragen. Im internationalen Vergleich nimmt Österreich mittlerweile eine Mitteposition unter den etablierten Demokratien ein – zum Teil ein Ergebnis zunehmender Kompetenz in Österreich, zum Teil aber auch eine Folge rückläufiger Effektivität in anderen Ländern (Plasser und Ulram 1999).

3. Konventionelle Beteiligung

Die Beteiligung an Nationalratswahlen in Österreich liegt traditionell im Spitzenfeld vergleichbarer Wahlgänge in Westeuropa. Langfristig ist dennoch ein Trend zunehmender (wenngleich bislang moderater) Wahlenthaltung feststellbar: lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den fünf Nationalratswahlen von 1953 bis 1966 bei knapp 95 Prozent, so sank sie im Durchschnitt der folgenden fünf Wahlgänge 1970–1983 auf etwa 92 Prozent und erreichte in den nächsten fünf Wahlen von 1986 bis 1999 nur noch durchschnittlich 85 Prozent.

Tabelle 4: Wahlbeteiligung in Österreich nach Perioden (1953–1999)

in Prozent der Wahlberechtigten	1953–1966	1970–1983	1986–1999	Veränderung
Wähler	94,7	92,4	85,0	-9,7
Nichtwähler	5,3	7,6	15,0	+9,7

Da in Österreich keine repräsentative Wahlstatistik existiert und bis heute nur sehr wenige verlässliche Nichtwähler-Studien vorliegen, lassen sich auch nur wenige gesicherte Aussagen über die Unterschiede zwischen Wählern und Nichtwählern treffen: allgemein liegt die Wahlbeteiligung im großstädtischen Raum unter dem gesamtstaatlichen Wert; die Wahlenthaltung ist bei jüngeren Wählern ausgeprägter als in den älteren Jahrgängen, ähnlich wie beim Gros der westeuropäischen Länder (Topf 1995a).

Weit dramatischer als im Fall nationaler Parlamentswahlen, die im öffentlichen Meinungsbild an der Spitze der Bedeutungshierarchie der verschiedenen Wahlerebenen rangieren (Plasser und Ulram 1996: 104ff.), stellt sich der Rückgang der Wahlbeteiligung bei Nebenwahlen („second order elections,“) dar. Bei den Wahlen zu den gesetzlichen Interessenvertretungen der Unternehmer (Wirtschaftskammer) bzw. der Arbeitnehmer (Arbeiterkammer) sind die Beteiligungsraten in der letzten Dekade massiv abgesunken: Mitte der achtziger Jahre beteiligten sich noch 70 Prozent der Wahlberechtigten in der Wirtschaftskammer und fast zwei Drittel in der Arbeiterkammer an den jeweiligen Wahlgängen; ein Jahrzehnt später traf dies nur noch

für etwa die Hälfte der Unternehmer und für weniger als ein Drittel der Arbeitnehmer (ohne Beamte) zu. In der Bundeshauptstadt Wien und in einigen Landeshauptstädten lag die Beteiligung noch deutlich niedriger². Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1999 wurden nicht einmal mehr 50 Prozent Wahlbeteiligung erreicht.

Obwohl die Wahlbeteiligung einen „harten,“ Indikator für politische Beteiligung darstellt, bleibt ihre Aussagekraft im Hinblick auf Partizipationsorientierungen doch beschränkt. Gerade im österreichischen Kontext ist der Wahlakt nur mit äußerst geringem individuellem Zeit- und Informationsaufwand verbunden; die massenmediale Coverage ist schon Wochen vor dem Wahltag umfassend und praktisch allgegenwärtig. Dazu kommt ein traditionelles Verständnis von Wählen als Ausübung einer staatsbürgerlichen „Pflicht,;“ ein moderater Rückgang der Wahlbeteiligung (wie im Fall der Nationalratswahlen) kann auch als Verblasen des Verpflichtungsaspektes interpretiert werden. So verbanden 1980 77 Prozent mit der Stimmabgabe ein „Verpflichtungsgefühl,“ (Gerlich und Ucakar 1981: 111), 1991 waren es „nur,“ noch 67 Prozent (FESSEL-GfK, Parla-ments- und Demokratieverständnis in Österreich, 1991). In den letzten Jahrzehnten hat auch der rechtliche und faktische soziale Druck auf den einzelnen zur Wahlteilnahme abgenommen³.

Konventionelle Formen politischer Beteiligung, die über die Teilnahme an Wahlen, Plebisziten, Volksbegehren u.ä. hinausgehen, bleiben – wie auch in anderen westeuropäischen Ländern (Topf 1995b) – auf eine Minderheit der Bevölkerung beschränkt, speziell partei- und verbandsbezogene Aktivitäten sind zudem im Zeitverlauf rückläufig (Plasser und Ulram 1999 und 1993; Deiser und Winkler 1982). Darüber hinaus zeigen sich ausgeprägte soziodemographische Unterschiede: Männer sowie die mittleren und älteren Jahrgänge sind signifikant stärker konventionell engagiert, desgleichen Selbständige und Freiberufler, Beamte und teilweise Landwirte. Andererseits finden sich kaum Unterschiede zwischen den white-collar (Angestellte) und den blue-collar (Arbeiter) Berufstätigen, das heißt gerade (ältere) Angehörige der unteren Bildungs- und Sozialschichten sind in die konventionelle politische Beteiligung vergleichsweise stark integriert (Verba, Nie und Kim 1978). Sehr geringen Anklang finden (aufwendigere) Formen konventioneller Partizipation in der jungen Generation und im großstädtischen Bereich, speziell in der Bundeshauptstadt. Wie weiter unten noch erörtert wird, stellt sich die Situation bei unkonventionellen Formen politischer Beteiligung erkennbar anders dar.

Tabelle 5: Politische Beteiligung nach soziodemographischen Gruppen (1999)

In Prozent haben schon oft oder manchmal gemacht	Österreich gesamt	Män- ner	Frau- -en	20- 30 Jahre	40- 59 Jahre	Bea- m-te	Ang- e- stellt e	Arbe- i-ter	Land- - wirte	Selbst./ Frei.Be- r.	Groß- stadt Wien
• mit anderen Bürgern zusammenarbeiten, um Probleme in der Gemeinde zu lösen	21	26	16	17	25	31	18	18	36	29	14
• eine politische Versammlung besuchen	16	21	13	11	22	22	11	13	38	20	8
• Zeit für den Wahlkampf einer Partei oder eines Kandidaten aufwenden	7	10	5	4	11	9	5	6	15	13	6
• mit Politikern sprechen oder sonst mit ihnen Kontakt aufnehmen, um politische Dinge zu erörtern	15	20	10	10	20	22	11	13	26	26	11
• versuchen, Freunde zu veranlassen, eine bestimmte Partei zu wählen	15	18	11	12	18	16	14	11	12	25	15
• Leserbriefe schreiben, um auf bestimmte Dinge in der Politik aufmerksam zu machen	7	8	8	6	9	9	6	7	7	15	9
• in einer Bürgerinitiative mitarbeiten	8	10	7	6	10	12	7	6	14	13	6
• an einer Demonstration	7	7	7	7	6	8	7	5	4	12	9

4. Partizipation in politischen Parteien

Neben der Teilnahme an Wahlen zählten Mitgliedschaft und Aktivität in beruflichen Interessenvertretungen und politischen Parteien wie ihren Vorfeldorganisationen zu den Hauptfeldern politischer Partizipation in Österreich. Die österreichischen Parteien verfügten historisch nicht nur über eine für westliche Demokratien außergewöhnliche Organisationsdichte – in den fünfziger und sechziger Jahren war etwa jeder vierte erwachsene Österreicher Parteimitglied –, den dichten organisatorischen Netzwerken kam auch in der „armen,“ österreichischen Gesellschaft dieser Zeit eine eminente soziale und kulturelle Funktion zu. Das Parteibuch war nicht nur Ausdruck der „richtigen,“ Gesinnung oder Weltanschauung, sondern auch Dokument der Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft („politische Heimat,“), wie die parteipolitisch beeinflusste Vergabe von Lebenschancen (z.B. Arbeitsplätze, Wohnungen, Karrieremöglichkeiten) wiederum den internen Zusammenhalt der politischen Lager verstärkte (Ullram 1996). Inzwischen hat die Parteimitgliedschaft als Partizipationsfeld freilich stark an Wichtigkeit verloren, was anhand von drei Entwicklungen, dem Rückgang der Mitgliederzahlen, der abnehmenden sozialen Repräsentativität der Parteimitglieder und Aktivisten sowie der Verödung des innerparteilichen Lebens und des subjektiven (wie objektiven) Verlustes an Bedeutung gezeigt werden soll.

a) Deklarierten sich 1960 noch 24 Prozent der (befragten) Österreicher als Mitglied einer politischen Partei, so trifft dies drei Jahrzehnte später nur noch auf 13–14 Prozent zu; der große Einbruch erfolgte dabei Ende der achtziger Jahre, als (insbesondere die beiden Traditions-)Parteien binnen weniger Jahre hunderttausende Mitglieder verloren: Die Entwicklung verlief dabei in Österreich dramatischer als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern, obwohl auch die skandinavischen Länder, Großbritannien und die Niederlande merkbare Rückgänge in der politischen Organisationsdichte zu verzeichnen haben (Widfeld 1995).

b) In der Zusammensetzung der Mitgliedschaften ist es den Traditionsparteien⁴ zwar gelungen, dem Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft in gewisser Weise Rechnung zu tragen, doch sind im white-collar-Bereich die Öffentlich Bediensteten deutlich überrepräsentiert (Müller und Ullram 1995). Bedeutsamer erschien jedoch die starke Überalterung der Parteimitglieder sowie die krasse Unterrepräsentation von Frauen und Menschen aus dem (speziell groß-)städtischen Bereich. Auch die obere Bildungsschicht ist eher unterdurchschnittlich vertreten. Soziodemographisch gesehen bilden Parteimitglieder kein repräsentatives Abbild der österreichischen Gesellschaft. Diese strukturelle Verzerrung findet sich – in etwas abgeschwächter Form – auch in der Gruppe jener wieder, die zwar nicht parteipolitisch organisiert sind, sich aber eine Mitarbeit in einer Partei prinzipiell vorstellen können. Eine Ausnahme stellt dabei vor allem die junge Generation dar, die parteipolitisches Engagement zwar nicht grundsätzlich ablehnt, deren Aktivitätspotential aber von den Parteien offensichtlich nicht oder nur in seltenen Fällen angesprochen werden kann⁵. Tatsächlich aktiv für eine Partei ist übrigens nur ein gutes Drittel der Parteimitglieder, was im Umkehrschluß bedeutet, daß sich zwei Drittel der (deklarierten) Mitglieder nicht für ihre Partei engagieren.

c) Ein erster Hinweis für die mangelnde Attraktivität innerparteilicher Partizipation findet sich in der Einschätzung der Mitsprachemöglichkeiten: Politische Parteien (und die Kirche) sind jene Organisationen, bei denen Mitarbeitsmöglichkeiten auf den geringsten Enthusiasmus stoßen, die Möglichkeiten einer Mitsprache werden hier auch besonders negativ eingeschätzt. Unter den Erwachsenen ist das Bild durchaus ähnlich; im längerfristigen Vergleich hat sich die Sicht der Partizipationsmöglichkeiten in Parteien erkennbar verschlechtert: etwa zwei Drittel der Österreicher glauben nicht, daß man dort wirklich mitbestimmen könne bzw. orten auch keine Karrieremöglichkeiten aufgrund individueller Anstrengungen und Verdienste.

Tabelle 6: Soziodemographisches Profil von Parteiaktivisten, Parteimitgliedern und Nichtmitgliedern – Österreich 1998

In Prozent des jeweiligen Aktivitätstypus (senkrechte Prozentuierung)	Parteiaktivisten (n=273)**	Parteimitglieder (n=767)**	Nichtmitglieder (n=3.433)	Gesamtstichprobe (n=4.200)
Männer	71	64	44	48
davon berufstätige Männer *)	(46)	(42)	(31)	(33)
Frauen	29	36	56	52
davon berufstätige Frauen *)	(18)	(19)	(26)	(24)
	100%	100%	100%	100%
Unter 40 Jahre	30	26	50	46
40 Jahre und älter	70	75	50	54
	100%	100%	100%	100%
Pflichtschulbildung	14	18	18	18
Berufsschule/BMS	58	57	50	51
Matura/Hochschule	28	25	31	30
	100%	100%	100%	100%
Selbständige/Freie Berufe/Landwirte	13	10	6	7
Angestellte/Beamte	28	29	29	28
Arbeiter	21	21	20	19
Pensionisten/innen	32	32	24	26
Hausfrauen	2	7	10	10
in Ausbildung/andere	3	3	11	10
	100%	100%	100%	100%
kleine Orte, Kleinstädte	56	49	42	43
Mittelstädte	17	21	24	23
Großstädte/Wien	27	29	55	55
	100%	100%	100%	100%

Quelle: FESSEL-GfK, Bürgergesellschaft (Austrian Life Style) 1998, N=4.200.

*) Teilgruppe.

**) Diese Werte liegen numerisch über den bei Repräsentativfragen (face-to-face) erhobenen Werten. Dabei entfallen 9% auf die SPÖ, 7% auf die ÖVP, je 1% auf FPÖ und andere Parteien. Dies dürfte durch die schriftliche Befragungsart und den Fragenkonnex begründet sein. Bei der Abfrage gemeinsam mit anderen Organisationen ist der Prozentsatz an Parteimitgliedern und Funktionären (gemeinsam 13%) geringer und entspricht in etwa jenen anderer Umfragen.

Desgleichen bescheinigt man den Parteien wenig Offenheit für neue Ideen und nur ein gedämpftes Interesse an potentiellen Mitarbeitern. In etwas abgeschwächter Form finden sich diese Kritikpunkte auch bei den Parteimitgliedern. Neben der Perzeption fehlender Einflußmöglichkeiten und generellem politischen Desinteresse existieren aber noch zwei weitere Motive, die Herrn und Frau Österreicher ein Engagement in Parteien verleiden: die befürchtete Beeinträchtigung von Freizeit und Familienleben und das negative Image von Politik, Politikern und Parteimitarbeitern – das erstere Argument ist dabei auch für Parteimitglieder und Aktivisten einsichtig, das zweite kommt speziell bei Nichtmitgliedern zum Tragen. Nach Nick und Traweger ist diese Problematik im übrigen auch den Politikern – wohl stärker als den „einfachen„ Mitgliedern – bewußt und veranlaßt die Autoren, „im Zusammenhang zwischen Rekrutierungspotential für politische Institutionen einerseits und dem allgemeinen Politikerimage einen Teufelskreis zu vermuten,“ (Nick und Traweger 1999: 310). Als positive Motive für ein Engagement in politischen Parteien nennt ein Drittel der Österreicher die Möglichkeit, eigene politische Vorstellungen einzubringen und umsetzen zu können; Parteimitglieder unter-

Tabelle 7: Motive Pro und Contra einer Mitarbeit in politischen Parteien – Österreich 1998

„Welche dieser Punkte könnten denn für eine Mitarbeit in politischen Parteien sprechen?“, (in %)	Partei-aktivisten	Partei-mitglieder	Nicht-mitglieder	Gesamtstichprobe
die Möglichkeit, eigene politische Vorstellungen einzubringen und umzusetzen	61	43	31	33
mehr und besser politisch informiert zu sein	39	29	17	19
etwas für andere tun	27	20	15	16
gemeinsame Aktivitäten mit Gleichgesinnten	35	21	11	13
Verbundenheit mit den Zielen der Partei	40	27	10	13
Hilfe beim beruflichen Werdegang/persönliche Vorteile	6	10	13	12
Ausübung einer politischen Funktion	31	13	7	8
„Was spricht gegen das Engagement in einer polit. Partei?“, (in %)	Partei-aktivisten	Partei-mitglieder	Nicht-mitglieder	Gesamtstichprobe
Beeinträchtigung von Freizeit und Familienleben	24	28	25	25
kein Interesse an Politik	4	11	25	22
Politik ist ein schmutziges Geschäft bzw. schlechtes Ansehen von Politikern und Parteimitarbeitern	9	12	23	21
man kann ohnehin nichts bewirken	7	14	17	16
Parteien sind veraltet und unattraktiv	6	9	14	13
mehr und bessere Möglichkeiten für Engagement außerhalb von Parteien	6	6	9	8
Nachteile im Berufsleben	5	4	5	5

Quelle: FESSEL-GfK, Bürgergesellschaft (Austrian Life Style) 1998.

scheiden sich nur in Grenzen von Nichtmitgliedern, Parteiaktivisten zeigen sich deutlich optimistischer. Verbundenheit mit den Zielen der Partei und gemeinsame Aktivitäten mit Gleichgesinnten ebenso wie egoistisch-instrumentelle Motive werden äußerst selten als Motive für ein Engagement in politischen Parteien angeführt – bei Parteimitgliedern und Aktivisten in beiden Fällen zwar überdurchschnittlich, aber doch minoritär. Womit sich der Kreis zur generellen Erosion der Lagerkulturen schließt: Ende der neunziger Jahre sind es weder die „Wärme der Gesinnungsgemeinschaft,“⁶ noch die Hoffnung auf eine Verbesserung individueller Lebenschancen, die als Rekrutierungsmotive für breite Bevölkerungskreise wirken.

5. Unkonventionelle Beteiligung

Mit dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen in den siebziger und achtziger Jahren verband sich vielfach auch die Vorstellung, daß konventionelle, „elitengelenkte,“ Partizipationsformen zunehmend von unkonventionellen, „elitenleitenden,“ Partizipationsformen überlagert werden würden (Inglehart 1989). Tatsächlich hat sich das Partizipationsreservoir der österreichischen Bevölkerung in den letzten beiden Jahrzehnten beträchtlich ausgeweitet: Ende der neunziger Jahre hat über ein Fünftel der Österreicher schon bei Bürgerinitiativen mitgearbeitet oder an Demonstrationen teilgenommen (Plasser und Ulram 1999; FESSEL-GfK, Life Style-Politik 1999); 1980 lagen die entsprechenden Prozentsätze bei 8 bzw. 5 Prozent (Deiser und Winkler 1981). „Härtere,“ bis zur Gewaltanwendung reichende Formen bleiben aber nach wie vor auf verschwindend kleine Minoritäten beschränkt – sowohl was die tatsächliche Beteiligung als auch was die hypothetische Beteiligungsbereitschaft betrifft. Auch hier ist die Attraktivität für die einzelnen Bevölkerungsgruppen durchaus unterschiedlich. Bürgerinitiativen, Demonstrationen und Boykottaktionen sind die Domäne der oberen Bildungsschichten und qualifizierter Berufe, teilweise auch jüngerer Menschen und Leute aus dem urbanen Bereich. Geschlechterspezifische Differenzen sind – mit Ausnahme der „härteren,“ Varianten – weitgehend eingeebnet. Umgekehrt zeigen Angehörige der unteren Sozial- und Bildungsgruppen, insbesondere auch weniger qualifizierter Berufe (Arbeiter, Landwirte) eine deutlich unterdurchschnittliche Bereitschaft, sich an unkonventionellen Partizipationsformen zu beteiligen. Unkonventionelle Partizipation nimmt dabei in vielen Fällen ihren Ausgang von punktueller Kritik an politischen und administrativen Entscheidungen, sie signalisiert aber nicht unbedingt generelle politische Unzufriedenheit. Das Gros dieser Handlungsmöglichkeiten wird von Politikunzufriedenen nicht häufiger aufgegriffen als von den Zufriedenen; die

Beteiligungsbereitschaft ist sogar bei den Zufriedenen zumeist stärker ausgeprägt als bei den Unzufriedenen (FESSEL-GfK, Life Style-Politik 1999).

Die vorliegenden Daten verweisen zudem darauf, daß die oben angesprochene Distanz Jugendlicher gegenüber organisierter politischer Aktivität im Falle themenbezogener, eher punktueller Beteiligung durchaus modifizierbar ist. Zwar besteht kaum Interesse an Beteiligung in Parteien und beruflichen Interessenvertretungen – diese werden ebenso wie die Kirchen als besonders wenig Mitsprachemöglichkeit bietend kri-

Tabelle 8: Bereitschaft zu unkonventioneller politischer Beteiligung

In Prozent sind bereit zu tun	Österre- ich gesamt	Män- -ner	Frau- -en	20- 39 Jahre	40- 59 Jahre	Bea- m-te	Ange- - stellte	Arbe- i-ter	Land- - wirte	Selb- st. Freie Beru- n	Groß- - stadt Wie	ohne abge. -bild.	mit abge. -bild.	Ma- tura/ Uni- versit
• bestimmte Firmen oder Konsumartikel boykottieren	46	49	43	48	53	66	56	39	40	60	53	29	41	61
• Unterschriften für eine Bürgerinitiative sammeln	39	34	43	46	40	47	46	40	32	50	38	34	37	45
• in einer Bürgerinitiative mitarbeiten	26	27	26	27	30	40	33	21	14	36	25	22	22	36
• bei einem Streik mitmachen	26	32	21	29	27	42	29	26	*)	*)	29	23	23	32
• an einer Demonstration teilnehmen	20	20	19	28	14	26	25	17	10	29	22	19	14	29
• den Verkehr aufhalten	8	10	6	11	7	12	10	8	7	10	7	6	6	11
• sich weigern, Steuern zu bezahlen	7	8	7	8	7	4	6	8	13	10	6	9	7	7
• der Polizei Widerstand leisten	3	4	2	4	3	3	4	3	4	5	4	4	2	4
• Parolen an Mauern sprayen	2	2	1	2	1	1	1	2	-	3	2	3	1	2
• Miethäuser besetzen	1	1	1	1	1	1	1	1	-	1	1	2	1	1

Quelle: FESSEL-GfK, Life Style-Politik (1999), N=4.500.

*) Werte für Selbständige bzw. Landwirte nicht ausgewiesen, da nicht relevant.

tisiert; doch gibt es ein beträchtliches Interesse an der Mitwirkung in Umweltorganisationen, in Grenzen auch im schulischen Bereich (hier werden die Mitsprachemöglichkeiten auch bedeutend positiver eingeschätzt). Ende der neunziger Jahre hatte zudem über ein Drittel der 14-24jährigen schon persönliche Erfahrungen mit Vertretungsfunktionen in der Schule (z.B. Schul- oder Klassensprecher) gesammelt – und diese Erfahrungen werden überwiegend als befriedigend empfunden (FESSEL-GfK, Jugendstudien 1980–1999). Insgesamt hat sich die politische Involvierung Jugendlicher im langfristigen Trend somit absolut nur wenig verändert, wohl aber hin zu neuen Formen verlagert. Freilich wirft der punktuelle Charakter mancher neuer Partizipationsformen auch neue Probleme auf: diese reichen von der oftmaligen realpolitischen Folgelosigkeit sporadischer, primär symbolischer Aktionen (vom „Lichtermeer“, 1993 bis zu diversen schulischen und universitären Protestaktionen) über die oftmalige Tendenz von Bürgerinitiativen, sich als „Verhinderungskartelle“, zu profilieren, bis zur vielfach geradezu naiven Einschätzung individueller Mitsprache-(nicht Beteiligungsmöglichkeiten in vielen NGOs.

6. Zivilgesellschaftliches Engagement

Zivilgesellschaftlichem Engagement bzw. bürgerschaftlicher Beteiligung wird seit dem 17. Jahrhundert große Bedeutung für die Entwicklung eines politischen Systems, insbesondere einer Demokratie, zugeschrieben. In der politischen Philosophie von John Locke (1774), die noch von einem scharfen Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft ausgeht, besteht die primäre (politische) Funktion der Civil Society in der Sicherung der Freiheit der Bürger vor staatlicher Einflußnahme. Montesquieu (1749) stellt vor allem auf die Balance zwischen der zentralen staatlichen Autorität (des Monarchen) und dem sozialen Netzwerk intermediärer Organisationen ab. Beide Funktionen sollten übrigens im 20. Jahrhundert wieder von der Demokratietheorie aufgegriffen und modifiziert werden – die Lock'sche Funktion von der antikommunistischen Opposition in Osteuropa, die Montesquieu'sche Funktion von der Pluralismustheorie. Tocqueville (1835) charakterisiert die freiwilligen Organisationen von Bürgern als Garantie einer freien Gesellschaft. In ihnen werden demokratisches Bewußtsein und zivile Verhaltensweisen gelernt und durch die tägliche Praxis verankert („Schule der Demokratie,“). Putnam (1993) führt diesen Gedanken weiter, indem er den civic organisations die Aufgabe der Akkumulation von sozialem Kapital zuschreibt, ohne das sich demokratische Systeme weder entwickeln noch stabilisieren können. Die Vertreter der kritischen Theorie schließlich sehen in der Zivilgesellschaft eine Sphäre autonom organisierter nichtstaatlicher Aktivitäten zwischen dem privaten und dem staatlichen Bereich.

Zivilgesellschaftliche Akteure dürfen dabei weder ausschließlich individuelle Zielsetzungen verfolgen noch staatliche Entscheidungsfunktionen anstreben (wie etwa Parteien). Bei all ihrer Heterogenität verbindet diese Organisation jedoch ein minimaler normativer Konsens: Toleranz, Fairneß und die Ablehnung von Gewalt (Lautin und Merkel 1997). Daraus folgt nicht nur der a priori Ausschluß bestimmter existierender Organisationen von der (Definition von) Zivilgesellschaft, sondern auch die zeitliche Unbestimmtheit der Zugehörigkeit; so gehören (manche Typen von) Bürgerinitiativen der Zivilgesellschaft an, transformieren sie sich aber in Parteien, so ist dies nicht mehr der Fall. Auch die normativen Kriterien erschweren eine exakte Zuordnung, weil scheinbar gleichartige Organisationen auf durchaus unterschiedliche Werte abstellen können (z.B. Vorfeldorganisationen von nichtdemokratischen Parteien etc.).

Strenggenommen entzieht sich das Konzept der Zivil- oder Bürgergesellschaft einer präzisen empirischen Operationalisierung, so daß zumeist auf den Indikator der Vereins- und (organisierten) Gruppenmitgliedschaft zurückgegriffen wird – obwohl damit auch Organisationen erfaßt werden, die eigentlich nicht unter die Kategorie der Zivilgesellschaft fallen würden⁷. Dieser Weg soll auch in den folgenden Ausführungen beschränkt werden. 1998 sind etwa drei Viertel der Österreicher (ab 15 Jahren) Mitglieder diverser Vereine und organisierter Gruppierungen, die grob in folgende Organisationstypen zusammengefaßt werden können:

- religiöse Organisationen
- traditionelle soziale Organisationen (Pensionisten-, Frauen- und Jugendorganisationen, soziale und medizinische Helferdienste, Katastrophenhilfe, Freiwillige Feuerwehr etc.)
- Freizeitorganisationen
- § traditionelle Politik und Interessenvertretungen, denen jeweils ca. ein Drittel der Österreicher (mit beträchtlichen Überschneidungen) angehören. Es folgen
- § Neue Soziale Bewegungen (Bürgerinitiativen, lokale Initiativen, Tierschutz- und Umweltschutzgruppen, Entwicklungshilfeorganisationen, politische Gruppen außerhalb der politischen Parteien) – ca. ein Fünftel der Staatsbürger
- sowie Kultur- und Bildungsorganisationen (etwa ein Zehntel).

Differenziert man zwischen Mitgliedschaft und Aktivisten bzw. Funktionären, so zeigt sich, daß bei den Organisationen der traditionellen Politik und Interessenvertretung, bei Freizeitorganisationen und religiösen Organisationen die Mitgliedschaft eindeutig gegenüber den Aktiven überwiegt; bei den Neuen Sozialen Bewegungen und Bildungs- und Kulturorganisationen ist das Verhältnis in etwa ausgewogen, während bei den traditionellen sozialen Organisationen Aktivisten und Funktionsträger gegenüber „Nur-Mitgliedern,“ in der Überzahl sind.

Auch das bürgerschaftliche Aktivsegment (Aktivisten und Funktionäre) verfügt über ein vergleichsweise einprägsames soziodemographisches Profil, entspricht also nicht dem Bevölkerungsdurchschnitt: so dominieren mit Ausnahme der traditionellen Politik und Interessenvertretung, die in der Bundeshauptstadt stark verankert sind, Personen aus dem ländlichen und kleinstädtischen Bereich, der urbane Raum ist deutlich unterorganisiert. Die mittleren Altersgruppen, Angehörige qualifizierter Berufe, teilweise auch Landwirte sind erkennbar überdurchschnittlich vertreten, desgleichen die obere Bildungsschicht speziell in den neuen sozialen Bewegungen und bei Bildungs- und Kulturorganisationen. Traditionelle Politik und Interessenvertretungen, kulturelle und Freizeitorganisationen weisen einen Überhang an männlichen Aktivisten auf. Frauen sind – insbesondere durch die geringe Aktivität von Hausfrauen und Pensionistinnen – vielfach schwächer vertreten und dominieren zumeist die untergeordneten bzw. betreuungs- und kontaktintensiven Tätigkeiten.

Als sprechend erweisen sich die Unterschiede der verschiedenen Aktivistengruppen in soziokultureller und politischer Hinsicht. So stellt Religiosität – nach allen verwendeten Indikatoren wie Kirchgangshäufigkeit, subjektive Religiosität oder Kirchenbindung – eine zentrale Ressource für bürgerschaftliches Engagement dar: mit zunehmender Religiosität steigt die Attraktivität aller Organisationstypen mit Ausnahme von Freizeitorganisationen sowie teilweise der traditionellen Politik und Interessenvertretung. Anhänger der ÖVP sind gleichfalls unter den Aktivisten

überdurchschnittlich vertreten (Ausnahme wiederum Freizeitorganisationen und Teile der traditionellen Politik und Interessenvertretung). FPÖ-Präferenten sind vergleichsweise seltener unter den Aktivisten vorfindbar, am ehesten in Freizeitorganisationen und in der traditionellen Politik/Interessenvertretung – diesbezüglich sind sie stärker integriert, als es das öffentliche Erscheinungsbild erwarten ließe. Grüne und LIF-Anhänger haben kaum Einzug in die traditionelle Politik/Interessenvertretung gefunden. Während aber liberale Anhänger in allen bürgerschaftlichen Aktivsegmenten nur in Spurenelementen vorfindbar sind, stellen Anhänger der Grünen einen zum Bevölkerungsschnitt überproportionalen Anteil an den Aktivisten der Neuen Sozialen Bewegungen sowie kirchlicher und kultureller Organisationen.

Tabelle 9: Religiöses und politisches Profil der bürgerschaftlich Engagierten nach Organisationstypen (Österreich 1998)

In Prozent der jeweiligen Organisationstyps (Senkrechte Prozentuierung)	Religiös e Organisa-tionen	Traditio n. Soziale Organis.	Tradition. Politik u. Interesse n- vertr.	Neue Soziale Bewe- gungen	Kultur-/ Bildung s- organis.	Freizeit- organisa- tionen	Gesamt- stich- probe
? Subjektive Religiosität							
hoch	61	46	41	42	48	33	33
mittel	29	33	33	35	32	37	36
gering	9	20	26	22	19	29	29
*)	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
° Parteipräferenz							
ÖVP	37	32	31	27	32	24	23
SPÖ	21	26	34	23	24	30	30
FPÖ	11	13	16	14	15	17	17
Grün	10	8	5	12	10	8	7
LIF	4	5	2	4	4	4	7
*)	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: FESSEL-GfK, Bürgergesellschaft (Austrian Life Style) 1998.

*) Rest auf 100%: keine Angabe.

Die gesellschaftliche Akzeptanz bürgerschaftlichen Engagements ist in Österreich sehr hoch: überwiegend (85 Prozent) wird es als Mittel gegen „soziale Kälte“, und überbordenden Egoismus geschätzt, während umgekehrt das Negativstereotyp der „Vereinsmeierei“, (28 Prozent) vergleichsweise schwach ausgeprägt ist. Die Tocqueville'sche Funktion der „Schule der Demokratie“, (Tocqueville 1956; Dahrendorf 1992 und 1994) wird mehrheitlich bejaht: fast zwei Drittel (63 % Zustimmung) vertreten die Ansicht, daß eine funktionierende Demokratie aktives Engagement der Bürger in einer Vielzahl von Initiativen und Vereinen benötige, und 56 Prozent, daß dieses Engagement den Menschen helfe, eine aktive Rolle in einer demokratischen Gesellschaft einzunehmen (FESSEL-GfK, Bürgergesellschaft, Austrian Life Style 1998).

Neben der öffentlichen Akzeptanz ist aus politikwissenschaftlicher Sicht freilich die Frage zentral, ob zivilgesellschaftliches Engagement tatsächlich mit einem Mehr an politischer Kompetenz einhergeht bzw. ob zivilgesellschaftliches Engagement eine unverzichtbare Ressource politischer Legitimität darstellt (Putnam 1993; Przeworski et al. 1995). Dementsprechend soll im folgenden analysiert werden, ob bürgerschaftlich Engagierte in Österreich tatsächlich ein höheres Niveau an „political efficacy“, aufweisen, wobei zwischen interner politischer Effektivität, also subjektiver politischer Kompetenzzuschreibung, und externer politischer Effektivität, also der Einschätzung der Responsivität politischer Institutionen unterschieden wird. Gleichermaßen wird der Frage nachgegangen, ob ein Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und politischem Vertrauen besteht. An dieser Stelle sei noch einmal darauf verwiesen, daß hier noch keine Aussagen über die Richtung möglicher Zusammenhänge getroffen werden, also die Frage zunächst noch offen bleibt, ob eine positive Korrelation zwischen Partizipation und staatsbürgerlichen Orientierungen bzw. politischem Vertrauen eine Folge von Beteiligung ist (Sozialisierungseffekt) oder ob Personen mit höherem politischen Effektivitätsbewußtsein und Vertrauen sich verstärkt engagieren.

Als empirische Grundlage dienen Fragebatterien (siehe Beitragsanhang) für interne und externe politische Aktivität sowie für politisches Vertrauen. Zunächst werden die Durchschnittswerte je Kategorie gebildet und die entsprechenden Werte von Engagierten bzw. Nicht-Engagierten sowie von Funktionsträgern, Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Freiwilligenorganisationen verglichen. Hinsichtlich der internen Effektivität zeigt sich, daß bürgerschaftlich engagierte Personen tatsächlich über ein Mehr an subjektiver politischer Kompetenzzuschreibung verfügen als Nicht-Aktive; Funktionäre erweisen sich als (subjektiv) kompetenter als einfache Organisationsmitglieder, Mitglieder als kompetenter

als Nichtorganisierte. Im Falle der externen politischen Effektivität sind derartige Unterschiede nur in Spurenelementen nachweisbar, sprich: bürgerschaftlich Engagierte schätzen die Responsivität der politischen Institutionen kaum besser ein als Nicht-Aktive; das Niveau an externer politischer Effektivität ist im übrigen – im Einklang mit früheren Studien (Plasser und Ulram 1993) – außerordentlich niedrig. Andererseits weisen Aktive wie Mitglieder und Funktionäre von bürgerschaftlichen Organisationen ein erkennbar höheres Ausmaß an politischem Vertrauen auf als Nicht-Engagierte und Nichtorganisierte.

Untergliedert man Aktive bzw. Nicht-Aktive nach einzelnen Organisationstypen, so gilt der Befund einer höheren internen politischen Effektivität von Engagierten für praktisch alle Organisationstypen mit Ausnahme der Freizeitorganisationen; am absolut

Tabelle 10: Politische Effektivität und politisches Vertrauen nach Organisationstypen – Österreich 1998

Prozent bzw. Prozentpunktdifferenz (PPD) *)	Interne Effektivität	Externe Effek- tivität	Politisches Vertrauen
Österreich gesamt	32	20	22,5
Aktivität			
Funktionäre	41	23	29
Aktive	36	21	27
Nicht-Aktive	29	19	19,5
PPD Aktive/Nicht-Aktive	+7	+2	+7,5
Mitgliedschaft			
Mitglieder	35	20	25
Nichtmitglieder	27	20	19
PPD Mitglieder/Nichtmitglieder	+8	+/-0	+6
Kirchliche Organisationen			
Aktive	36	24	28
Nicht-Aktive	30	20	20,5
PPD Aktive/Nicht-Aktive	+6	+4	+7,5
Traditionelle Soziale Organisationen			
Aktive	36	22	25,5
Nicht-Aktive	31	19	21,5
PPD Aktive/Nicht-Aktive	+5	+3	+4
Traditionelle Politik und Interessenvertretung			
Aktive	41	26	32,5
Aktive	29	20	20,0
Nicht-Aktive	+12	+6	+12,5
PPD Aktive/Nicht-Aktive			
Neue Soziale Bewegungen			
Aktive	42	24	27
Nicht-Aktive	30	20	22,5
PPD Aktive/Nicht-Aktive	+12	+4	+5,5
Kulturorganisationen			
Aktive	40	24	26
Nicht-Aktive	31	20	22,5
PPD Aktive/Nicht-Aktive	+9	+4	+3,5
Freizeitorganisationen			
Aktive	34	24	28
Nicht-Aktive	32	23	20,5
PPD Aktive/Nicht-Aktive	+2	+1	+7,5

*) Die Mittel der Prozentwerte „effektiver,, Antworten werden auf- bzw. abgerundet; da im Falle des Vertrauens nur zwei Statements vorlagen, wurde auf die Rundung verzichtet (daher Kommawerte). Zu den Statements siehe Tabelle im Beitragsanhang.

Interne Effektivität: arithmetisches Mittel der „effektiven Antworten,, aus sechs Statements; als „effektive,, Antworten werden definiert auf einer 5-stufigen Skala von 1,00=stimme sehr überein bis 5,00=stimme überhaupt nicht überein bei b, d, f und k die Zustimmung (Skalenwerte 1 und 2), bei a und l die Ablehnung (Skalenwerte 4 und 5).

Externe Effektivität: arithmetisches Mittel der „effektiven Antworten,, aus fünf Statements; als „effektive,, Antworten werden definiert auf einer 5-stufigen Skala von 1,00=stimme sehr überein bis 5,00=stimme überhaupt nicht überein bei den Statements c, e, g, j, m die Ablehnung (Skalenwerte 4 und 5).

Politisches Vertrauen: arithmetisches Mittel der zustimmenden Antworten (Skalenwerte 1 und 2) auf einer 5-stufigen Skala von 1,00=stimme sehr überein bis 5,00= stimme überhaupt nicht überein bei den Statements h und p.

Quelle: FESSEL-GfK, Bürgergesellschaft (Austrian Life Style) 1998.

größten sind das Ausmaß an subjektiver politischer Kompetenzzuschreibung wie die Differenz zwischen Aktiven und Nicht-Aktiven im Falle von Organisationen der traditionellen Politik und Interessenvertretung und der Neuen Sozialen Bewegungen; überdurchschnittlich auch noch bei den kulturellen Organisationen. Unterschiede im Hinblick auf die externe politische Effektivität sind weit geringer; eine erhebliche Differenz ist zudem lediglich bei den Organisationen der traditionellen Politik und Interessenvertretung feststellbar – ein nicht gerade unerwartetes Ergebnis. Aktivisten der traditionellen Politik und Interessenvertretung weisen auch ein stark überdurchschnittliches Niveau an politischem Vertrauen auf. Ein deutliches Mehr an Vertrauen kennzeichnet zudem die in kirchlichen, aber auch in Freizeitorganisationen Aktiven. Der postulierte Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und interner politischer Effektivität wie politischem Vertrauen erscheint somit gegeben; im Falle der externen politischen Effektivität ist er freilich nur sehr schwach ausgeprägt.

Bürgerschaftliche Beteiligung steht im Regelfall auch in positiver Beziehung zum Vertrauen in Institutionen. Am deutlichsten ist der Zusammenhang mit dem Vertrauen in die Gemeinde, wo Aktive deutlich mehr Vertrauen entgegenbringen als Nicht-Aktive. Dies trifft insbesondere auf die Situation in kleinen Gemeinden und Kleinstädten zu, wo sowohl die bürgerschaftliche Beteiligung als auch das Vertrauen in die Institution Gemeinde generell höher sind: Tatsächlich vertrauen 60 Prozent der Bewohner von kleinen Gemeinden der Gemeinde, ein Anteil, der mit steigender Ortsgröße linear absinkt und in der Bundeshauptstadt mit lediglich 36 Prozent sein Minimum erreicht. Bei den gesamtstaatlichen Institutionen ist das Bild differenzierter: bürgerschaftlich Aktive erteilen vor allem den Gerichten einen deutlichen Vertrauensbeweis, im Falle von Polizei, Bundesheer, Ämtern und Behörden sind die Differenzen weit geringer. Unterschiedlich ist das Bild auch bei den Institutionen des gesellschaftlichen Pluralismus: Aktivisten, Funktionäre und Mitglieder von Organisationen vertrauen den Kirchen weit häufiger als Nicht-Aktive bzw. Nichtmitglieder; im Falle der Medien ist die Situation tendenziell umgekehrt. Bei den Interessenvertretungen (hier Gewerkschaft und Bundeswirtschaftskammer) sind kaum Unterschiede feststellbar. Bei politischen Institutionen – seien es die nationalstaatlichen, also Parteien, Parlament und Bundesregierung, sei es gegenüber der Europäischen Union – zeigt sich wieder ein höheres institutionelles Vertrauensniveau der Engagierten.

Daß bürgerschaftlich Engagierte nicht im Hinblick auf alle Institutionen ein höheres Vertrauensniveau aufweisen, ist in einer pluralistischen Gesellschaft an sich wenig überraschend, weil manche Institutionen eben auch Werte und/oder Interessen repräsentieren, für die sich einzelne Aktivistengruppen positiv engagieren bzw. denen sie andere Werte und Interessen entgegenstellen. Es ist daher zielführend, zum einen die Vertrauensniveaus der Aktiven der einzelnen Organisationstypen zu vergleichen, zum anderen speziell die Sichtweise dezidiert politischer Aktivisten näher zu beleuchten. Aktivisten kirchlicher Organisationen unterscheiden sich gegenüber Nicht-Aktivisten erwartungsgemäß vor allem bezüglich des weit höheren Vertrauens in die Kirche(n); erkennbar ist auch ein überdurchschnittliches Vertrauen in die Gemeinde, in politische Institutionen und in gesamtstaatliche Institutionen. Aktivisten traditioneller sozialer Organisationen vertrauen in überdurchschnittlichem Ausmaß der/den Kirche(n), Gemeinde und nationalen politischen Institutionen. Bei den Aktivisten der traditionellen Politik und Interessenvertretung erhalten Gemeinde, (speziell nationale) politische Institutionen, staatliche Institutionen, Interessenvertretungen und Kirche(n) vergleichsweise hohe Vertrauenswerte, kaum die Medien; Umweltschutzorganisationen werden skeptischer betrachtet als von den Nicht-Aktiven. Eben diese Umweltschutzorganisationen werden von den Aktivisten der Neuen Sozialen Bewegungen mit hohem Vertrauen bedacht, dazu kommen noch Gemeinde, Kirche(n) und die Europäische Union.

Die Bedeutung politisch-weltanschaulicher Orientierungen bzw. organisatorischer wie personeller Naheverhältnisse und Verflechtungen tritt naturgemäß bei den Partei-mitgliedschaften deutlich zu Tage: SPÖ-Mitglieder halten die Gewerkschaft, ÖVP-Mitglieder die Kirche(n) für besonders vertrauenswürdig. Umgekehrt liegen die Vertrauenswerte für die Gewerkschaft bei ÖVP-Mitgliedern und für Kirche(n) bei SPÖ-Mitgliedern unter jenen von parteipolitisch Nichtorganisierten; SPÖ-Mitglieder vertrauen (vor allem den nationalen) politischen Institutionen häufiger als ÖVP-Mitglieder: umgekehrt kennzeichnet ÖVP-Mitglieder ein höheres Vertrauen in Gerichte, Polizei und Bundesheer, aber auch in die Gemeinde. In beiden Fällen liegt aber das Vertrauensniveau von Parteimitgliedern über dem der Nichtorganisierten; Umweltschutzorganisationen, die vielfach in einem weltanschaulichen Naheverhältnis zu den Grünen stehen, stoßen bei den Mitgliedern beider Traditionsparteien auf weniger Vertrauen als bei Nicht-Parteimitgliedern.

Diese genannten Ergebnisse bedeuten eine Modifizierung, aber keine prinzipielle Infragestellung des Befundes eines höheren Institutionenvertrauens von bürgerschaftlich Engagierten. Spezifische Legitimität ist auch von politischen Orientierungen und konkreten Interessen abhängig; für die gesamtsystemische Legitimität sind aber das allgemeine Niveau an Institutionenvertrauen ebenso relevant wie die Möglichkeit, Legitimitätsdefizite der einen Institution durch höhere Legitimitätszuschreibungen an andere Institutionen ausgleichen zu können.

Tabelle 11: Bürgerschaftliches Engagement und Vertrauen in Institutionen nach Organisationstypen – Österreich 1998

„Vertrauen,, in Prozent bzw. Prozentpunktdifferenz (PPD)*)	Politische Institutionen			Institutionen des gesellschaftl. Pluralismus					Gesamtstaatl.	
	gesamt	nat.	EU	gesamt	Int. Vert.	Medien	Kirchen	Umwelt	Institutionen	Gemeinden
Österreich gesamt	27	26	29	30	27,5	22	30	53	49	49
Aktivität										
Funktionäre	34	34	32	31	26,5	19,5	40	52	52	55
Aktive	29	28	31	31	27	20,5	37	52	50	55
Nicht-Aktive	25	24	27	29	28	22,5	23	52	47	44
PPD Aktive/Nicht-Aktive	+4	+4	+4	+2	-1	-2	+14	0	+3	+11
Mitgliedschaft										
Mitglieder	29	28	32	31	28	20,5	34	53	49	51
Nichtmitglieder	24	23	27	29	28	22,5	25	52	47	47
PPD	+5	+5	+5	+2	0	-2	+9	+1	+2	+4
Mitgl./Nichtmitgl.										
Kirchliche Organisationen										
Aktive	31	30	34	34	28,5	23	48	55	51	54
Nicht-Aktive	26	25	27	29	27,5	21,5	22	53	47	45
PPD	+5	+5	+7	+5	+1	+1,5	+26	+2	+4	+9
Trad. sozial. Organisationen										
Aktive	29	28	29	32	28,5	22	39	53	51	55
Nicht-Aktive	25	24	28	29	27,5	21,5	26	51	48	46
PPD	+4	+4	+1	+3	+1	+0,5	+13	+2	+3	+11
Trad. Politik u. Interessenvertretung										
Aktive	33	33	34	31	30,5	23	33	46	54	59
Nicht-Aktive	25	24	29	29	26	21	29	53	47	47
PPD	+8	+9	+5	+2	+4,5	+2	+4	-7	+7	+12
Neue Soziale Bewegungen										
Aktive	30	27	36	33	28	21	38	59	49	53
Nicht-Aktive	26	26	28	29	27	21,5	29	49	48	48
PPD	+4	+1	+8	+4	+1	-0,5	+9	+10	+1	+5
Kulturorganisationen										
Aktive	29	27	32	32	28,5	21	34	57	52	51
Nicht-Aktive	27	26	27	30	28	22	30	52	48	49
PPD	+2	+1	+5	+2	+0,5	-1	+4	+5	+4	+2
Freizeitorganisationen										
Aktive	30	29	32	31	27	22,5	33	51	51	56
Nicht-Aktive	26	25	27	29	27	21	29	52	47	46
PPD	+4	+4	+5	+2	0	+1,5	+4	-1	+4	+10

Quelle: FESSEL-GfK, Bürgergesellschaft (Austrian Life Style) 1998.

*) Durchschnittlicher Prozentsatz der Skalenwerte 5,6,7 auf einer 7-stufigen Skala von 1,00=kein Vertrauen bis 7,0=hohes Vertrauen.

7. Spezifische politische Unterstützung

Vertrauen in Institutionen stellt primär einen Indikator für spezifisches Vertrauen (*specific support* im Sinne Eastons 1975 und 1979) dar (Listhaug und Wiberg 1995). Das Institutionenvertrauen in Österreich weist dabei ein eindeutiges Muster auf, das im Prinzip auch in anderen westeuropäischen Demokratien vorfindbar ist (Bréchon 1998; Fuchs 1989; Gabriel 1993, 1995, 1999a; Listhaug und Wiberg 1995): politische Implementierungsinstitutionen wie Gerichte, Polizei und Behörden stehen an der Spitze der institutionellen Vertrauenshierarchie, Institutionen des gesellschaftlichen Pluralismus (hier Gewerkschaften und Medien) sowie wettbewerbsorientierte policy-making Institutionen, also Parteien, Parlament und Regierung laborieren an einem eindeutigen Vertrauensdefizit. Dem Bundespräsidenten kommt

dabei eine gewisse Sonderrolle zu, da er zwar eine politische Institution ist, in der österreichischen politischen und Verfassungsrealität aber im Regelfall außerhalb der tagespolitischen Auseinandersetzung steht. Ungeachtet der Stabilität dieses Musters fällt aber auf, daß das Gros der politischen Institutionen wie auch die Medien in den letzten Jahren an Vertrauen eingebüßt haben, sich der confidence-gap zwischen politischen Institutionen und Bürgern im Zeitverlauf somit vergrößert hat, während beim Gros der Implementierungsinstitutionen keine derartige Entwicklung zu verzeichnen ist.

Tabelle 12: Institutionenvertrauen in Österreich (1989–1997)

Vertrauen (Werte 5,6,7 auf einer 7-stufigen Skala)	1989	1991	1994	1997
Polizei	56	51	64	60
Gerichte	53	50	55	55
Behörden und Ämter	46	43	48	44
Bundesheer	37	41	38	42
Bundespräsident	na.	na.	69	47
Parlament	na.	33	30	27
Regierung	na.	31	30	26
politische Parteien	17	19	16	17
Gewerkschaft	na.	31	31	28
Medien	23	21	21	16

Quelle: FESSEL-GfK/IFES, Politische Kultur im internationalen Vergleich (1989); FESSEL-GfK, Politische Indikatoren (1991–1997).

Dem geringen Vertrauen in politische Institutionen entspricht ein äußerst niedriges Niveau an externem politischen Effektivitätsbewußtsein, also des Eindrucks, das politische Geschehen sei den Einflußmöglichkeiten des einzelnen Bürgers weitgehend entzogen, Parteien und Interessenvertretungen und Politiker würden von der Bevölkerung abgehoben agieren und seien vorwiegend dem eigenen Interessen- und Machtkalkül verhaftet. Vor allem die letztgenannten Punkte bleiben über die Zeit weitgehend konstant, das heißt, die Vermutung einer mangelhaften Responsivität des politischen Systems hat sich kaum verändert. Dieser perzipierten Starrheit politischer Strukturen und der Sichtweise von Politikern und Verbandsfunktionären als geschlossener „politischer Kaste,“ steht aber ein gestiegenes subjektives politisches Kompetenzbewußtsein gegenüber – mit der Folge eines sich vertiefenden Spannungsverhältnisses zwischen selbstbewußteren Bürgern und ihnen gegenüber abgeschotteten politischen Institutionen mit tendenziell autistischen Verhaltensweisen.

Tabelle 13: Externes politisches Effektivitätsbewußtsein (1974–1996)

Prozent „effektiver,“ Antworten	1974	1984	1989	1993	1996
Leute wie ich haben keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut	18	26	24	33	32
Die Parteien wollen nur die Stimme der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht	24	25	26	23	21
Die Politiker kümmern sich nicht viel um das, was Leute wie ich denken	27	n.a.	26	23	26
Was die Politiker heute tun und diskutieren, hat mit den Sorgen und Wünschen der Bürger immer weniger zu tun	n.a.	n.a.	30	22	25
Die Politiker kümmern sich zu viel darum, ihre Macht zu erhalten, anstatt sich über die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung Gedanken zu machen	n.a.	n.a.	15	15	12
Die Abgeordneten im Parlament verlieren ziemlich schnell den Kontakt mit dem Volk	19	16	15	15	13

Quelle: 1974: Political Action Studie; 1984: FESSEL-GfK, Politische Umfrage (1984); 1989: FESSEL-GfK/IFES, Politische Kultur in Österreich (1989); 1991: FESSEL-GfK, Demokratie- und Parlamentsverständnis in Österreich; 1993: FESSEL-GfK, Politische Effektivität (1993); 1996: FESSEL-GfK, Politischer Kulturwandel in Österreich (1996).

Eine weitere Spannungslinie ergibt sich aus dem Schwinden des Glaubens an die Allgemeinwohlorientierung der traditionellen politischen Eliten bzw. deren Selbstverpflichtung an den Interessen ihrer Wähler (Plasser und Ulram 1993). Am Beispiel der Beurteilung von Parlamentariern wie der Parlamentstätigkeit allgemein wird deutlich, daß die Qualität der Interessenvertretung durch Abgeordnete auf den verschiedensten Ebenen zunehmend skeptisch bewertet wird: 1981 waren im Falle des Gemeinderats der Bundeshauptstadt und des Nationalrates dezidiert positive Urteile weit häufiger als ausdrücklich negative; zehn Jahre später ist das Gegenteil zu konstatieren. Gleichmaßen verschlechtert hat sich auch die Sichtweise der Landtagsabgeordneten und der Gemeindevertretungen in den anderen Kommunen. Erkennbar kritischer fällt auch die Bewertung der Aufgabenerfüllung des Nationalrates aus: Gesetzgebung und Diskussion (letzteres verstanden als die öffentliche Darstellung und Erörterung unterschiedlicher Standpunkte und Vorstellungen) erhalten 1997 weit schlechtere Voten als 1991; eine Ausnahme stellt lediglich die Kontrollfunktion des Parlaments dar, was nicht zuletzt mit der stärkeren Präsenz der Oppositionsparteien zu tun haben dürfte. Insgesamt gibt 1997 bereits jede(r) Zweite einen schlechten Eindruck von der Tätigkeit des österreichischen Nationalrates zu Protokoll; 1991 galt dies nur für ein Drittel. Die – noch in der Political Action-Studie von 1974 überwiegend positive – Evaluation der substanziellen Leistungsfähigkeit der Politik stellt sich zwei Jahrzehnte später gleichfalls sehr verändert dar: war die Kritik an der substanziellen Politikformulierung in den siebziger und achtziger Jahren vorwiegend bereichsspezifisch ausgerichtet, so erfaßt sie in der Folge immer weitere Themenfelder und wird generalisiert. 1981 vertraten 33 Prozent der Österreicher die Ansicht, die Politik versage häufig oder oft in entscheidenden Fragen; 1989 orteten bereits 43 Prozent und 1996 45 Prozent ein generelles Politikversagen (Plasser und Ulram 1999). Eine ähnliche Entwicklung läßt sich zudem auch für die Institution der sozialen Sicherheit und die organischen Interessenvertretungen feststellen. Institutionen, die in Österreich nicht nur als „politiknahe,, und mit den Parteien verflochten gelten – mit dem damit verbundenen expliziten Vorwurf von Proporz und Klientelwesen –, sondern deren Leistungsfähigkeit wie faktische Performance auch immer mehr in Zweifel gezogen werden (Plasser und Ulram 1996).

Tabelle 14: Bewertung der Aufgabenerfüllung durch Parlament und Parlamentarier (1988–1997)

a)	1980			1991			1980	1991
	sehr gut	halbwegs	schlecht	sehr gut	halbwegs	schlecht	PPD sehr gut/schlecht*)	
In Prozent beurteilen die Vertretung der Interessen als ...								
der Gemeindebürger durch den Gemeinderat (nur Wien)	18	55	14	7	70	18	+4	-11
der Wähler durch die Nationalratsabgeordneten (ohne Wien)	17	68	6	5	76	16	+11	-11
der Wähler durch die Landtags-abgeordneten (ohne Wien)	22	53	4	12	73	11	+18	+1
der Gemeindebürger durch Bürgermeister und Gemeinderäte (ohne Wien)	40	42	9	30	52	15	+31	+15
b)	1991			1997			1991	1997
	sehr gut	halbwegs	schlecht	sehr gut	halbwegs	schlecht	PPD sehr gut/schlecht	
In Prozent sehen die Aufgabe durch das Parlament erfüllt ...								
Diskussion	10	59	22	7	54	30	+12	-23
Gesetzgebung	15	71	6	7	66	21	+9	-14
Kontrolle	15	62	15	16	60	16	+/-0	+/-0
c)	1991			1997			1991	1997
	sehr gut	halbwegs	schlecht	sehr gut	halbwegs	schlecht	PPD sehr gut/schlecht	
In Prozent haben von der Arbeit des Österreichischen Nationalrates alles in allem ...								
eher einen guten Eindruck	52			46			+14	
eher einen schlechten Eindruck			38			50		-4

Quelle: Gerlich und Ucakar (1981) für 1980; FESSEL-GfK/IFES, Parlamentsverständnis in Österreich (1991) für 1991 (a); FESSEL-GfK/IFES, Parlamentarismus (1997) für 1997 (b); FESSEL-GfK, Parlamentsstudie (1997) für 1997 (c).

*) PPD = Prozentpunktdifferenz.

8. Demokratiezufriedenheit

Im Unterschied zur Einschätzung von Vertrauenswürdigkeit und Leistungsfähigkeit einzelner Institutionen handelt es sich bei der „Demokratiezufriedenheit“, um eine generalisierte Bewertung, in die verschiedene Komponenten einfließen (Fuchs, Guidorossi und Svensson 1995; Gabriel 1999a). Sie stellt daher einen Indikator für die Systemkultur dar, ohne aber die normative Komponente zu erfassen (Akzeptanz zentraler Wertvorstellungen und politischer Einrichtungen). Für die vorliegende Analyse erscheinen dabei zunächst zwei Punkte von Interesse: zum einen die Entwicklung des Grades an Demokratiezufriedenheit, zum anderen aber Konstanz und Wandel von Demokratiezufriedenheit in einzelnen Gruppen der Bevölkerung.

Langfristig gesehen, zeigt sich zunächst eine Abnahme der Zufriedenheit mit der Demokratie, den Parteien und dem ganzen politischen System in Österreich: während in den achtziger Jahren durchschnittlich ein Sechstel der Stimmbürger Unzufriedenheit zu Protokoll gab, trifft dies in den neunziger Jahren für etwa ein Viertel zu.

Tabelle 15: Demokratiezufriedenheit in Österreich (1984–1999)

In Prozent sind mit der Demokratie, den politischen Parteien und unserem ganzen politischen System ...*)	1984	1985	1988	1989	1993	1997	1999
sehr und einigermaßen zufrieden	84	81	81	82	76	71	74
eher unzufrieden	13	18	17	16	23	29	25

Quelle: FESSEL-GfK, Politische Indikatoren (1984–1999).

*) Abweichende Skalierung zum Eurobarometer.

Differenz auf 100 Prozent = keine Angabe.

Die (eher moderate) Unzufriedenheit der (frühen) achtziger Jahre konnte im wesentlichen auf das allgemeine Erscheinungsbild der politischen Akteure (stilistisch-moralische Kritik an Politikern und Parteien) sowie auf gezonte Kritik an substantieller Politikformulierung in den neuen Themen (Umwelt, Steuerstaat, Mitsprache) zurückgeführt werden. Ursache war also zu einem Gutteil ein Auseinanderklaffen zwischen dem etablierten Politikbetrieb und dem geänderten politischen Anspruchsniveau eines Teils des politischen Aktivsegments. „Unzufrieden mit der Demokratie, den politischen Parteien und unserem ganzen politischen System,“ waren denn auch in überdurchschnittlichem Ausmaß einerseits die Angehörigen der oberen Bildungsschichte und politisch stark interessierte bzw. kognitiv mobilisierte Personen, zum anderen die Anhänger der Oppositionsparteien, wobei in der grünalternativen Wählerschaft beides zusammenfiel.

Ein Jahrzehnt später stellt sich das Bild deutlich verändert dar: Die politische Unzufriedenheit ist nicht nur absolut weit stärker ausgeprägt und speist sich aus einer Vielzahl von Quellen, wozu insbesondere auch der Eindruck von Politikversagen in „traditionellen bread and butter issues,“ zählt. Darüber hinaus zeigen sich nunmehr gerade die Angehörigen der unteren Bildungsschichten und Arbeiter besonders unzufrieden, während die Unzufriedenheit in der oberen Bildungsschichte sowie bei den politisch Interessierten unterdurchschnittlich ausgeprägt ist. Auch der Zusammenhang zwischen parteipolitischer Orientierung und politischer Unzufriedenheit hat eine Veränderung erfahren: zwar sind die Anhänger der Regierungsparteien vergleichsweise zufriedener; die meisten Unzufriedenen finden sich aber nicht mehr bei den (nach wie vor in Opposition stehenden) Grünalternativen, sondern bei den Freiheitlichen (Plasser und Ulram 1999: 253).⁸

Die geschilderten soziodemographischen Muster finden sich in der Struktur anderer Indikatoren politischer Unterstützung wie beim politischen Mißtrauen, der externen Effektivität und der Beurteilung der politischen Ordnung wieder; desgleichen aber auch in der Einstellung zu politischen Streitfragen wie dem Ausländerthema, der Europäischen Union im allgemeinen und ihrer Osterweiterung im besonderen (Plasser und Ulram 1994; FESSEL-GfK, Einstellungen zur EU-Osterweiterung 1998 und 1999): jene Bevölkerungsgruppen, die sich von den Auswirkungen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandels am stärksten bedroht fühlen – und das sind vor allem jene, deren Lebenssituation auch bisher schon prekär war (Frauen in untergeordneten und schlecht qualifizierten Positionen, Arbeiter im ungeschützten Sektor der Wirtschaft u.ä.) –, reagieren auf eben diesen Wandel abwehrend und haben zu einem Gutteil das Vertrauen in die traditionellen politischen Instanzen und Mechanismen verloren; jene Gruppen, die selbst zu den Trägern dieses Wandels zählen, sich in vergleichsweise abgesicherten Positionen befinden bzw. über das notwendige kulturelle Kapital zur Anpassung an die Veränderungen und zur Nutzung neuer Chancen besitzen, reagieren positiv und sind – bei aller gezonter Kritik – mit dem politischen System vergleichsweise zufrieden. Überspitzt könnte man von einer Tendenz zur Entwicklung zweier „politischer Kulturen,“ sprechen, die zunehmend im Gegensatz zueinander stehen: auf der einen Seite eine entwickelte Staatsbürgerkultur (*civic culture*) mit hoher interner politischer

Effektivität, einem ausgedehnten Partizipationsrepertoire und überdurchschnittlich ausgeprägter spezifischer Unterstützungen und auf der anderen Seite eine eher parochiale Kultur, die durch niedrige politische Effektivität, starkes Mißtrauen und Unzufriedenheit gekennzeichnet ist.

Gefördert werden diese Tendenzen durch zwei weitere Faktoren: zum einen durch die Erosion traditioneller politischer und organisatorischer Bindungen, die in der Vergangenheit nicht nur die politische Integration gerade der unteren sozialen Schichten weitgehend gewährleisten konnten, sondern auch einen gefühlsmäßigen Puffer bildeten, der punktuelle Unzufriedenheit und Enttäuschung abfedern konnte. Zum anderen werden negative Haltungen durch einen – gerade von den Boulevardmedien gepflegten – primär negativ gefärbten „medialen Populismus“, bestätigt und verstärkt. Die von Cappella und Jamieson für die USA konstatierte „Spirale des politischen Zynismus“, ist auch für Österreich (Busek und Hüffel 1998) nachvollziehbar: „Over time, for some, cynicism about people (they’re all crooks) and positions (poll driven pandering) becomes not simply a node but a superordinate node with all other political information subordinated to it. The node is highly accessible, frequently and recently activated and carries a negative affective tag,..“ (Cappella und Jamieson 1997: 167f.).

Tabelle 16: Indikatoren politischer Unterstützung und politischer Entfremdung nach Untergruppen

Prozentpunktdifferenz (PPD)	Österr. gesamt	Polit. Interesse		Schulbildung ^{*)}		Parteipräferenz	
		niedrig	hoch	niedrig	hoch	FPÖ	Grüne
• Vertrauen in Parteien **) (Vertrauen minus Mißtrauen)	-37	-45	-31	-37	-37	-61	-28
• Vertrauen in Regierung**) (Vertrauen minus Mißtrauen)	-11	-23	-7	+11	+35	-11	+37
• Vertrauen in das Parlament**) (Vertrauen minus Mißtrauen)	-4	-9	-4	-11	+24	-28	+5
• Parteien wollen nur Wählerstimmen (Ablehnung minus Zustimmung.)	-58	-69	-46	-68	-26	-76	-37
• Politiker kümmern sich nicht (Ablehnung minus Zustimmung.)	-47	-67	-33	-52	-29	-49	-20
• Leute wie ich haben keinen Einfluß (Ablehnung minus Zustimmung.)	-25	-43	-22	-42	-14	-43	-10
• Verlassen auf Regierung im Parlament (Zustimmg. minus Ablehnung)	-20	-39	-6	-29	+12	-47	+5
• Politikversagen (selten/nie minus dauernd/oft)	-40	-38	-45	-41	-35	-67	-48
• Beurteilung der polit. Ordnung (gut minus schlecht)	+17	+/-0	+26	+11	+35	-11	+37
• Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie ***) (zufrieden minus unzufrieden)	+42	+35	+46	+39	+55	-11	+52

Quelle: FESSEL-GfK, Politischer Kulturwandel in Österreich (1996).

*) niedrig: mit/ohne abgeschlossene(r) Schulbildung, hoch: Matura/Universität.

**) Vertrauen: Werte 4, 5, 7; Mißtrauen: Werte 1,2,3 auf einer 7-stelligen Skala.

***) abweichende Skalierung zur vorigen Tabelle.

9. Generalisierte politische Unterstützung und Demokratiebewußtsein

Der Nachweis großflächiger politischer Entfremdungsgefühle (geringe externe politische Effektivität), abnehmender spezifischer Unterstützung (Vertrauenseinbußen politischer Institutionen, Kritik am politischen Output) sowie einer steigenden Unzufriedenheit mit der Funktionsweise des politischen Systems führt zur Frage nach der Stabilität demokratischer Orientierungen, also dem *diffuse support* für die Demokratie. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer zunehmenden Instabilität des traditionellen Parteiensystems, neuer politischer Kräftekonstellationen, wie sie durch den wahlpolitischen Aufstieg der rechtspopulistischen FPÖ zum Ausdruck kommen, aber auch angesichts eines öffentlichen Diskurses, der diese Veränderungen vielfach als Folgen eines antidemokratischen Reflexes bzw. unzureichend verankerter demokratischer Überzeugungen interpretiert.

Als postautoritäre Demokratie war die Zweite Republik in ihren ersten Jahrzehnten sehr wohl noch mit der (Weiter-)Existenz mentaler Vorbehalte gegenüber der neuen demokratischen Ordnung konfrontiert: Mitte der fünfziger Jahre gab noch ein Sechstel der Österreicher einem Einparteiensystem gegenüber der pluralistischen Parteienkonkurrenz den Vorzug; auch drei Jahrzehnte später sprach sich erst ein Drittel der Stimmbürger dezidiert für eine umfassende Ausweitung partizipatorischer Demokratie aus (Ullrich 1990). Diese Mentalreserven sind Ende der neunziger Jahre weitgehend verschwunden – Parteienkonkurrenz wird fast ausnahmslos begrüßt, autoritäre Einstellungsmuster sind lediglich bei einem Zehntel der Bevölkerung nachweisbar (FESSEL-GfK, Positionierungsstudie 1998). Bei aller Kritik an Parteien und Parlamentarismus werden diese doch als wichtig und unverzichtbar für die demokratische Willensbildung angesehen – und zwar im Zeitverlauf mit steigender Tendenz (Plasser und Ullrich 1999: 255). Das Demokratieverständnis ist – wie für entwickelte westliche Demokratien typisch – ein formales, das heißt von Freiheit, Mitbestimmungsmöglichkeiten und prozeduralen Vorstellungen geprägt und nicht a priori mit substanziellen Output-Anforderungen belastet, wie sie in jungen Demokratien, aber auch in der Ersten Republik eine nicht unbeträchtliche Rolle spielen bzw. spielten (Plasser, Ullrich und Waldrach 1998: 75).

Als tendenziell problematisch könnte angesehen werden, daß ein knappes Viertel (23 Prozent) der Österreicher Zweifel daran hegen, ob die Demokratie in der Lage ist, die Probleme des Landes zu lösen; aus diesem Zweifel folgt aber keine Hinwendung zu antidemokratischen Alternativen: neun von zehn Österreichern halten die Demokratie in jedem Fall für besser als ein autoritäres System, und dies gilt auch für die große Mehrheit jener, die Unzufriedenheit mit der Demokratie bekunden oder Skepsis hinsichtlich ihrer substanziellen Leistungsfähigkeit zu Protokoll geben.

Tabelle 17: Demokratiebewußtsein in Österreich (1999)

In Prozent	Österreich gesamt	Demokratiezufriede- n-heit		Demokratie kann Probleme lösen	
		zufriede- n	unzufriede- n	ja	nein
die Demokratie ist auf jeden Fall besser als eine Diktatur	90	94	80	96	72
für Leute wie mich ist es egal, ob sie in einer Demokratie oder in einer Diktatur leben	3	4	7	2	16
unter bestimmten Umständen kann eine Diktatur besser sein als eine Demokratie	5	2	11	1	10
keine Angabe	1	1	2	1	2
	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: FESSEL-GfK, Politische Umfrage (1999).

Probleme auf der Performance-Ebene haben offenkundig nur geringe Auswirkungen auf die Ebene der generalisierten Systemunterstützung, sprich auf die grundlegende Legitimität des demokratischen Systems. Insofern ist die österreichische Situation durchaus mit jener der Bundesrepublik Deutschland zu vergleichen, wo die Demokratiezufriedenheit Mitte der neunziger Jahre gleichfalls einen historischen Tiefpunkt erreicht hat (wenngleich teilweise aus anderen Gründen als in Österreich), aber „die Einstellung zur Idee der Demokratie und ihren tragenden Prinzipien positiver und stabiler ausfällt als die Systemzufriedenheit,“ (Gabriel 1999: 855).

Im internationalen Vergleich wird zudem deutlich, daß sich Österreich in der Performance-Kritik im Mittelfeld der EU-Staaten bewegt (Standard Eurobarometer Nr. 51/1999), hinsichtlich der Akzeptanz des demokratischen Systems aber eine Spitzenposition auch innerhalb der etablierten Demokratien einnimmt.

Dieser grundsätzliche (demokratische) Stabilitätsbefund auf der Ebene systembezogener Orientierungen sollte jedoch nicht die Augen vor einer weiterführenden Fragestellung verschließen, nämlich jener nach der Beziehung zwischen politisch-kulturellen Einstellungsmustern auf der einen und den politischen Strukturen auf der anderen Seite. Dieser Frage soll im abschließenden Abschnitt dieses Beitrages nachgegangen werden.

Tabelle 18: Diffuse Legitimität im internationalen Vergleich

„Die Demokratie ist auf jeden Fall besser als eine Diktatur,“	Zustimmende Prozent	Antworten	in Jahr
Dänemark	92		(1992)
Österreich	90		(1999)
Deutschland (West)	83		(1992)
Spanien	81		(1996)
Uruguay	80		(1996)
Großbritannien	76		(1992)
Italien	73		(1992)
Argentinien	71		(1996)
Slowakei	64		(1999)
Tschechien	64		(1999)
Ungarn	71		(1999)
Polen	61		(1999)
Venezuela	62		(1996)
Chile	54		(1996)
Mexiko	53		(1996)
Rußland	39		(1998)
Brasilien	50		(1996)

Quelle: Fuchs, Guidorossi und Svensson (1995); Plasser, Ulram und Waldrauch (1998: 98) und FESSEL-GfK, Politischer Kulturwandel (1998, 1999).

10. Von der Hyperstabilität zur Instabilität: politische Kultur und politisches System

In historischer Perspektive waren die sechziger und siebziger Jahre durch eine außergewöhnliche Stabilität des politischen Systems Österreichs gekennzeichnet. Die Ursachen dafür sind nicht nur in der wirtschaftlichen und sozialen Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik, sondern auch in einer beträchtlichen Innovations- und Adaptionstätigkeit der politischen Eliten sowie in einem hohen Ausmaß an Konsequenz zwischen politischem System und politischer Kultur der Bevölkerung zu suchen (Ulram 1990). Das traditionelle politische System war durch eine enge Verflechtung von Parteien, organisierten Interessenvertretungen, öffentlicher Wirtschaft und Verwaltung gekennzeichnet. Die Politik reichte tief in die zivile Gesellschaft hinein, wo Parteien und Verbände fest in den Lagerkulturen verankert waren. Das politische System verfügte so über eine beträchtliche soziale und ökonomische Steuerungskapazität, zugleich aber auch über ein hohes Ausmaß an Integrationsfähigkeit und Responsivität. Diese Bedingungen blieben mit gewissen Modifikationen auch nach der Beendigung der großen Koalition in den sechziger Jahren erhalten, wobei die zunehmende Konkurrenzorientierung der Parteien selbst eine innovative Reaktion auf veränderte Orientierungen der Bürger (beginnende politische Säkularisierung) darstellte.

Etwa ab Mitte der achtziger Jahre verringern sich nicht nur die autonomen Steuerungsmöglichkeiten des politischen Systems (ausgelöst durch wirtschaftliche Internationalisierung, Überdehnung der öffentlichen Ressourcen und Krise des öffentlichen Wirtschaftssektors), auch die politischen Apparate zeigen offenkundige sklerotische Tendenzen (interne Bürokratisierung, Kolonisierung durch Klientelinteressen, Überdimensionierung)⁹. Dem steht eine zunehmend differenziertere und individualisierte, politisch immer weniger gebundene und (in Teilen) kognitiv mobilisierte Wählerschaft gegenüber. Wesentliche Bedingungsfaktoren für die frühere Stabilität des politischen Systems erweisen sich damit als tendenziell disfunktional und stabilitätsgefährdend. Die umfassende politisch-bürokratische Penetration wird zunehmend als „Übermächtigung,“ und emotionales Ärgernis empfunden; die gegenseitige Verflechtung von öffentlichen Institutionen und ihren Funktionsträgern erweckt den Eindruck eines einheitlichen Machtkartells. Parteien und Verbände verlieren an Responsivität, was symbolisches Politikversagen (unzureichende Reaktionen auf stilistische und moralische Kritik) und Abschottung gegenüber neuen politischen Anliegen und außenstehenden Interessen zur Folge hat.

Die Neuauflage der „großen,“ Koalition 1987 bringt zwar zunächst einen wirtschafts- und außenpolitischen Reformschub, mit Ausnahme der weitgehenden Privatisierung der verstaatlichten Industrie und des EU-Beitritts aber

nur wenige strukturelle Reformen. Dabei wächst nicht nur der „objektive,, Problemdruck (Auseinandersetzungen um Zuwanderungen, Verschärfung der Arbeitsmarktsituation, Konflikte um die Rücknahme sozialer Leistungen), sondern auch und vor allem die Verunsicherungen gerade sozial schwächerer, wenig(er) flexibler Gruppen angesichts eines rasanten sozialen Wandels. Eben diese Gruppen fühlen sich von den Veränderungen überrollt und von der etablierten Politik „alleine gelassen,,. Die Traditionsparteien SPÖ und ÖVP vermögen die neuen sozioökonomischen und soziokulturellen Spannungslinien immer weniger zu integrieren; diese verlaufen zu einem Gutteil quer zu ihnen bzw. zwischen ihnen und den neuen bzw. neuformierten Gruppierungen. Gerade der Aufstieg des österreichischen Rechtspopulismus beruht nicht nur auf der politischen Instrumentalisierung des *confidence gap*, sondern auch auf der (zumindest partiellen) Vertretung spezifischer Interessen (z.B. minder qualifizierter Berufstätiger im ungeschützten Wettbewerbssektor) und kultureller Orientierungen (Ethnozentrismus, „neue Rechte,, usw.) durch die FPÖ. Die rechtspopulistische Attacke fördert aber gleichzeitig eine Selbstblockade der traditionellen politischen Akteure. Der politische Wettbewerb wird durch eine Konfrontation zwischen den traditionellen Akteuren (SPÖ-ÖVP-Regierungskoalition, Sozialpartner) und dem rechtspopulistischen Herausforderer geprägt, wodurch der für Westeuropa übliche Konkurrenz- und Wechselmechanismus zwischen den etablierten Parteien außer Kraft gesetzt wird. Damit verfestigen sich aber Erscheinungsbild wie vielfach auch die Praxis primär defensiver Status-quo-Erhaltung, und es wird der massenmedialen und populistischen Kritik am etablierten politischen System ständig neuer „Nährstoff,, zugeführt. Ihren Höhepunkt findet diese Entwicklung mit den Nationalratswahlen vom Oktober 1999, bei denen die FPÖ (mit einem Vorsprung von ein paar hundert Stimmen vor der ÖVP) zur zweitstärksten Partei wird. Die monatelangen Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP scheitern, ÖVP und FPÖ bilden im Februar 2000 eine Koalitionsregierung.

Mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ ist eine grundlegende Veränderung der politischen Konstellation eingetreten. Der alte Selbstblockademechanismus ist zwar beendet worden, freilich um den (vorläufigen?) Preis eines angestiegenen politischen Konfliktniveaus und nicht unbeträchtlicher Probleme zwischen Österreich und den anderen EU-Mitgliedsländern, freilich auch für EU-interne Entscheidungsprozesse.

Die Bildung der ÖVP-FPÖ-Koalition und die massive mediale Coverage haben zumindest kurzfristig zu einem neuen Politisierungsschub geführt, der sich nicht nur in zahlreichen Leserbriefen und Internet-Debattenbeiträgen, sondern auch in einem Anstieg des politischen Interesses niedergeschlagen hat: Ende Februar 2000 bezeichnen sich 50 Prozent als politisch sehr stark oder stark interessiert – wobei eine verstärkte Politisierung fast aller soziodemographischen Gruppen bei unveränderter Konstanz struktureller Muster feststellbar ist (FESSEL-GfK, Telefonumfrage). Mehrere hunderttausend Menschen haben an Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Regierung teilgenommen – nach eigenen Aussagen sechs Prozent der Über-15-Jährigen. Vor allem letzteres ist mitunter als „Formierung der österreichischen Zivilgesellschaft,, bezeichnet worden – eine freilich überzogene Interpretation, wie eine empirische Analyse des Profils der Kundgebungsteilnehmer wie der Befürworter derselben (ein Drittel der Bevölkerung) zeigt: ihr soziodemographisches und politisches Profil unterscheidet sich stark von jenem des Bevölkerungsdurchschnitts: Kundgebungsteilnehmer rekrutieren sich überwiegend aus der obersten Bildungsschicht (drei Viertel) bzw. aus dem urbanen Raum (acht von zehn aus Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern bzw. aus der Bundeshauptstadt), ca. die Hälfte sind jünger als dreißig. Ideologisch verorten sich 71 Prozent als „links,, nur 27 Prozent rechnen sich der politischen Mitte zu. Drei Viertel kommen aus der Reihe der Anhänger der parlamentarischen Oppositionsparteien bei einer starken Dominanz der Grün-Präferenten. Konkret mobilisiert wurde somit ein spezifisches – primär links und grün-alternativ orientiertes – Segment der Gesellschaft. In abgeschwächter Form gilt dies auch für die Befürworter der Kundgebungen.

Tabelle 19: Anti-Regierungsdemonstrationen – Profil der Teilnehmer und Befürworter

„In der letzten Zeit hat es eine Reihe von Kundgebungen und Demonstrationen gegen die neue Regierung gegeben. Haben Sie an diesen Demonstrationen teilgenommen? (a) bzw. Wie stehen Sie zu diesen Demonstrationen ? (b),,“

Senkrechte Prozentuierung	a) Teilnehmer	b) Befürworter	c) Gesamtstichprobe
Männer	56	48	48
Frauen	44	52	52
	100%	100%	100%
Unter 30 Jahre	46	34	24
30-44 Jahre	30	24	29
45 Jahre und älter	25	42	47
	100%	100%	100%
Volks-/Hauptschule	9	22	19
Berufs-/Fachschule	15	29	46
Matura/Universität	76	49	34
	100%	100%	100%
Grün-Präferenten	48	32	17
SPÖ-Präferenten	28	44	27
ÖVP-Präferenten	8	6	22
FPÖ-Präferenten	0	5	17
andere Präferenten/k.A.	16	13	17
	100%	100%	100%
Selbsteinstufung links	71	44	23
Mitte	27	53	58
rechts	0	1	14
	100%	100%	100%

Quelle: FESSEL-GfK, Telefonumfrage (Februar/März 2000), N=500.
Differenz auf 100% = Rundungsfehler bzw. keine Angabe.

Bei aller gebotenen wissenschaftlichen Zurückhaltung stellt sich darüber hinaus die Frage nach den Perspektiven für die zukünftige Entwicklung. Diese kann und soll nicht in Form einer rein spekulativen „Prognose“, beantwortet werden, vielmehr sollen alternative Entwicklungspfade in Szenarienform skizziert werden¹⁰.

Szenario Eins: „Westeuropäische Normalisierung,,

Hier erfolgt eine völlige Integration der FPÖ in das Parteien- und Regierungssystem. Vorausgesetzt ist zum einen, daß sich die FPÖ von einer rechtspopulistischen Protest- und Mobilisierungsbewegung in eine (österreichisch)national-konservative Partei mit gemäßigten populistischen Zügen transformiert (eine Art Mischung aus der Alleanza Nazionale in Italien und der gaullistischen RPR in Frankreich); zum anderen, daß sie von den anderen Parteien als „normaler,, Mitspieler akzeptiert wird. In diesem Fall kann es entweder zur Herausbildung von zwei großen politischen Blöcken (ÖVP, FPÖ versus SPÖ, Grüne) kommen, die miteinander um die Mehrheit konkurrieren (bipolares System) oder zu einem tripolaren System mit unbeschränkten Koalitionsmöglichkeiten. In jedem Fall verstärkt sich der Konkurrenzmechanismus und damit die Chance auf wechselnde (Regierungs-)Mehrheiten. Es erfolgt eine partielle Devolution korporatistischer Strukturen (inklusive eines weiteren Bedeutungsverlusts der Sozialpartnerschaft) und eine zunehmende Entflechtung von Parteien, Verbänden und staatlicher Verwaltung. Konsequenzen sind ein generelles Nachlassen bürokratischer Übermächtigkeit und ein Innovationsschub in struktureller, verhaltensmäßiger und symbolischer Hinsicht, wodurch der Eindruck systemischer Responsivität verstärkt und vermehrte Spielräume für Partizipation eröffnet werden. Die Spannungslinien zwischen politisch-kulturellen Orientierungsmustern und den politisch-administrativen Strukturen werden entschärft.

Szenario Zwei: „Die permanente Konfrontation,,

In dieser Variante kommt es zu keiner Integration der FPÖ, sei es, weil diese zu einem Positions- und Strategiewechsel und damit zu einer Parteitranformation nicht in der Lage und/oder gewillt ist, sei es, weil sie durch innerösterreichischen oder internationalen Druck rasch wieder aus der Regierungsrolle verdrängt und politisch (nicht

unbedingt stimmenmäßig) marginalisiert wird. Das Parteiensystem ist in der Folge stark polarisiert – unter Umständen auch durch Spaltungstendenzen in der ÖVP –, die dominanten Pole werden durch eine in Fundamentalopposition stehende FPÖ auf der einen Seite und die Sozialdemokratie auf der anderen Seite mit jeweils angelagerten Satellitenparteien gebildet. Auch die organisierten Interessenvertretungen geraten in eine immer stärkere Konfrontationssituation bzw. splintern sich in politische Richtungsverbände oder bloß sektorenspezifische Klientelvertretungen („autonome„ Gewerkschaften und Unternehmerverbände) auf. Die Innovationskraft des Regierungspols ist eine vergleichsweise geringe, da dieser zum einen durch eine starke interne Heterogenität („Verhinderungscoalition„) gekennzeichnet ist, zum anderen aber in einer ständigen Abwehrhaltung gegen den rechtspopulistischen Herausforderer verharrt.

Szenario Drei: „Auseinanderdriften von ziviler Gesellschaft und politischem System„

Hier erweist sich das politische System – unabhängig von der Regierungskonstellation – weder imstande, durch strukturelle Innovation seine Integrations- und Konsensfindungsfähigkeit zu steigern, noch durch strukturelle Anpassung mehr Vertrauen und Effizienz zu erzeugen. Es kommt zu Erosionsprozessen auch bei der FPÖ und zur Abspaltung von Kleinparteien unterschiedlicher Couleur. Parteien, Verbände und administrative Institutionen auf der einen Seite, die zivile Gesellschaft auf der anderen entwickeln sich immer wieder auseinander, wobei letztere durch eine „zynische Distanz„ gegenüber dem etablierten Politikbetrieb als auch durch vagierende Protestpotentiale gekennzeichnet ist, die jedoch nicht durch eine starke politische Kraft gebündelt werden. Dadurch erfolgt auch keine eindeutige Polarisierung, es kommt eher zu einer Fülle bereichsspezifischer Konflikte bzw. zu einer Koexistenz zwischen dem selbstreferenziellen (ansatzweise autistischen) politischen System und den davon abgekoppelten sozioökonomischen und soziokulturellen Sphären. Wie gerade das italienische Beispiel auch nach dem Zusammenbruch des dortigen traditionellen Parteiensystems zeigt, kann auf diese Weise über längere Zeit ein durchaus stabiler modus vivendi erzielt werden – ein entsprechendes Ausmaß an politischem Zynismus, sozialem Privatismus und Spielräumen für die Ignorierung des politisch-administrativen Systems durch die zivile Gesellschaft vorausgesetzt.

Anmerkungen

- 1 Vgl.: FESSEL-GfK/IFES, Das außenpolitische Bewußtsein der Österreicher (1981 und 1991) sowie Gerlich und Ucakar (1981); ferner FESSEL-GfK/IFES, Parlamentsbewusstsein (1997).
- 2 Auch bei Kommunalwahlen liegt die Wahlbeteiligung in den meisten Landeshauptstädten deutlich unter jener bei bundesweiten Wahlgängen bzw. bei Kommunalwahlen in kleinen Gemeinden. Eine systematische Erforschung dieses Phänomens liegt nicht vor. Zumindest für Wien ist jedoch auffallend, daß Rückgänge in der Wahlbeteiligung im Regelfall nicht alle Parteien gleichermaßen betreffen, z.B. ein Anstieg der Nichtwähler (bei den entsprechenden Wahlen) geht Hand in Hand mit deutlichen Stimmeneinbußen bestimmter (wenngleich wechselnder) Parteien. Zumindest auf der Aggregatebene ist außerdem feststellbar, daß ein Teil dieser (neuen) Nichtwähler auch bei den folgenden Wahlgängen nicht mehr zur (kommunalen) Wahlurne zurückfindet.
- 3 Durch die Einführung von Wahlkarten ist die Teilnahme bzw. Nicht-Teilnahme einzelner Personen der Wahl nicht mehr feststellbar, da diese Stimmen nicht in den „Heim-Wahlsprengeln“ ausgezählt werden. Für die Wirksamkeit der sozialen Wahlnorm wie für ihr späteres Verblässen spricht auch, daß bis in die achtziger Jahre das Gros der Nichtwähler bei Nachwahlstudien nicht bereit waren, ihre Wahlabstinenz auch zu deklarieren; in den letzten Jahren ist dies nicht mehr der Fall. Die Abschaffung der gesetzlichen Teilnahmepflicht im Bundesland Vorarlberg – deren Einhaltung freilich von der Behörde nicht kontrolliert wurde – hat dort zu einem merkbaren Rückgang der Wahlbeteiligung geführt.
- 4 Ausgenommen die Überrepräsentation von Landwirten und Selbständigen in der ÖVP-Mitgliedschaft. Aufgrund der geringen Fallzahlen können keine gesicherten Aussagen über die Mitglieder anderer Parteien getroffen werden. Eine tentative Interpretation der soziodemographischen Zusammensetzung der FPÖ-Mitglieder (N=56 Personen) stellt freilich für diese Partei den Überalterungsbefund in Frage; dafür ist die Männerdominanz unter den FPÖ-Mitgliedern noch ausgeprägter als unter den Mitgliedern der anderen Parteien oder in der FPÖ-Wählerschaft (FESSEL-GfK, Bürgergesellschaft 1998).
- 5 Die gilt auch für die „neuen“ Parteien Grüne und LIF sowie - was den Versuch des Aufbaues eigenständiger Jugendorganisationen betrifft – selbst für die „neuformierte FPÖ“. Die Zeit der Vorfeldorganisationen dürfte somit endgültig vorbei sein.
- 6 Gerade die Forderung nach „mehr Wärme“ wird gerne von linken Kritikern in den Reihen der Sozialdemokratie als wichtiges Heilmittel für die unbefriedigend empfundene innerparteiliche Situation erhoben. Sie beruht aber offenkundig auf einem gravierenden Mißverständnis zentraler gesellschaftlich-kultureller Entwicklungen. Parteien

gelten eben nicht als bevorzugte Bezugspunkte für u.U. durchaus vorhandene Wünsche nach mehr menschlicher Wärme und Intimität.

- 7 Z.B. Parteien, freiwillige berufliche Interessenvertretungen.
- 8 Die soziodemographische Zusammensetzung der Grünalternativen (junge, städtische Bildungsschicht) hat sich dabei im Zeitverlauf nur unwesentlich verändert, sehr wohl aber jene der FPÖ-Wählerschaft, die Mitte der neunziger Jahre einen hohen Anteil an Angehörigen der unteren und mittleren Bildungsschicht und der Arbeiterschaft aufweist.
- 9 Die österreichischen Parteien verfügen in absoluten Zahlen etwa über gleich viele Mitglieder und Funktionäre wie die (bundes-)deutschen Parteien. Die Bevölkerung der alten Bundesrepublik übertraf aber jene Österreichs um etwa das achtfache.
- 10 Interessenten können diese Szenarien mit denen einer früheren Arbeit (Ulram 1990) vergleichen. Das - damals schon am wenigsten wahrscheinlich bezeichnete Szenario („Hegemoniebildung durch strukturelle Innovation“) – erscheint heute de facto obsolet. Szenario Eins („Westeuropäische Normalisierung“) entspricht im wesentlichen dem alten Szenario „Normalisierung durch Anpassung“. Das alte Szenario Drei („Erosion durch strukturelle Ermattung“) hat sich für die Entwicklung des letzten Jahrzehnts relativ gut bewährt, wird aber jetzt in zwei Szenarien aufgespalten.

Literatur

Bardi, Luciano (1999). Italien: Dealignment und die Antworten der Parteien, in: Peter Mair/Wolfgang C. Müller und Fritz Plasser (Hg.). *Parteien auf komplexen Wählermärkten. Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa*, Wien, 103-152

Barnes, Samuel H. und Max Kaase et al. (1979). *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills

Betz, Hans Georg (1994). *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York
Borre, Ole und Jorgen Goul Anderson (1997). *Voting and Political Attitude in Denmark*, Aarhus

Bréchon, Pierre (1998). Politisierung, Institutionenvertrauen und Bürgersinn, in: Renate Köcher und Joachim Schild (Hg.). *Wertewandel in Deutschland und Frankreich*, Opladen, 229-244

Busek, Erhard und Clemens Hüffel (Hg.) (1998). *Politik am Gängelband der Medien*, Wien

Capella, Joseph H. und Kathleen Hall Jamieson (1997). *Spiral of Cynicism. The Press and the Public Good*, New York

Dahrendorf, Ralph (1992). Die Zukunft der Bürgergesellschaft, in: Bernd Guggenberger und Klaus Hansen (Hg.). *Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur*, Opladen, 74-83

Dahrendorf, Ralph (1994). *Der moderne soziale Konflikt*, München

Deiser, Roland und Norbert Winkler (1982). *Das politische Handeln der Österreicher*, Wiener Neustadt

Diamanti, Ilvo und Renato Mannheimer (a cura di) (1994). *Milano a Roma. Guida all' Italia elettorale del 1994*, Roma
Easton, David (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support, *Journal of Political Science* 5, 435-457

Easton, David (1979). *A Systems Analysis of Political Life*, Chicago

Fuchs, Dieter (1989). *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen

Fuchs, Dieter, Giovanna Guidorossi und Palle Svensson (1995). Support for the Democratic System, in: Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs (eds.). *Citizens and the State (Beliefs in Government Volume One)*, Oxford, 323-353

Fuchs, Dieter und Hans-Dieter Klingemann (1995a). Citizens and the State. A Relationship Transformed, in: Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs (eds.). *Citizens and the State (Beliefs in Government Volume One)*, Oxford, 419-443

Fuchs, Dieter und Hans-Dieter Klingemann (1995b). Citizens and the State. A Changing Relationship?, in : Hans-Dieter

- Klingemann und Dieter Fuchs (eds.). *Citizens and the State (Beliefs in Government Volume One)*, Oxford, 1-20
- Gabriel, Oscar W. (1993). Institutionenvertrauen im vereinigten Deutschland, in: Aus *Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) B 43/93, 3-12
- Gabriel, Oscar W. (1995). Political Efficacy and Trust, in: Jan W. Van Deth und Elinor Scarbrough (eds.). *The Impact of Values (Beliefs in Government Volume 4)*, Oxford, 357-389
- Gabriel, Oscar W. (1999). Demokratie in der Vereinigungskrise? Struktur, Entwicklung und Bestimmungsfaktoren der Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 9/3, 827-861
- Gabriel, Oscar W. (1999b). Sozialkapital und Institutionenvertrauen in Österreich und Deutschland, in: Fritz Plasser, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Peter A. Ulram (Hg.). *Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich*, Frankfurt/M., 147-183
- Gabriel, Oscar W. und Jan Van Deth (1995). Political Interest, in: Jan Van Deth und Elinor Scarbrough (eds.) *The Impact of Values (Beliefs in Government Volume Four)*, Oxford, 390-411
- Gerlich, Peter und Karl Ucakar (1981). *Staatsbürger und Volksvertretung. Das Alltagsverständnis von Parlament und Demokratie in Österreich*, Salzburg
- Gundle, Stephan und Simon Parker (eds.) (1996). *The New Italian Republic. From the Fall of the Berlin Wall to Berlusconi*, London
- Hoffmann-Lange, Ursula (1996): Einstellungen zur Rolle der Bürger im politischen Prozeß, in: Oscar W. Gabriel (Hg.). *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im Vereinigten Deutschland*, Opladen, 211-234
- Inglehart, Ronald (1989). *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*, Frankfurt/M.
- Kaase, Max (1999). Interpersonal Trust, Political Trust and Non-institutionalised Political Participation in Western Europe, *West European Politics* 22(3), 1-21
- Gluchowski, Peter, Fritz Plasser und Peter A. Ulram (1993). Politisch-kultureller Wandel in Deutschland, in: Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hg.). *Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich*, 2. Auflage, Frankfurt/M., 157-213
- Kitschelt, Herbert (1995). *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor
- La Palombara, Joseph (1989). *Die Italiener. Oder Demokratie als Lebenskunst*, Wien
- Klingemann, Hans-Dieter (1999). Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis, in: Pippa Norris (ed.). *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*, Oxford, 31-56
- Lautin, Hans-Joachim und Wolfgang Merkel (1997). Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht, in: *Forschungsjournal NSB 10/1*, 12-34
- Listhaug, Ole und Matti Wiberg (1995). Confidence in Political and Private Institutions, in: Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs (eds.). *Citizens and the State (Beliefs in Government Volume One)*, Oxford, 419-443
- Locke, John (1974). *Über die Regierung*, Stuttgart
- Montesquieu, Charles (1965). *Vom Geist der Gesetze*, Stuttgart
- Müller, Wolfgang C. und Peter A. Ulram (1995). The Social and Demographic Structure of Austrian Parties 1945-93, *Party Politics* 1 (1), 145-160
- Nick, Rainer und Christian Traweger (1999). Österreichs Politiker und ihr Image - ein empirischer Befund, in: Fritz Plasser, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Peter A. Ulram (Hg.). *Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich*, Frankfurt/M., 293-311
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1982). *Unbehagen im Parteienstaat. Jugend und Politik in Österreich*, Wien

- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1993). Politisch-kultureller Wandel in Österreich, in: Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hg.). *Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Österreichs und der Schweiz im Vergleich*, 2. Auflage, Frankfurt/M., 103-155
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1994). Meinungstrends, Mobilisierung und Motivlagen bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt, in: Anton Pelinka (Hg.). *EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich*, Wien, 87-119
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1995). Wandel der politischen Konfliktdynamik. Radikaler Rechtspopulismus in Österreich, in: Wolfgang C. Müller, Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hg.). *Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994*, Wien, 471-525
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1996). Akzeptanz und Unterstützung sozialpartnerschaftlicher Interessenvertretung in Österreich, in: Anton Pelinka und Christian Smekal (Hg.). *Kammern auf dem Prüfstand. Vergleichende Analyse institutioneller Rahmenbedingungen*, Wien, 75-109
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (1999). Politische Involvierung und politische Unterstützung in Österreich, in: Fritz Plasser, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter und Peter A. Ulram (Hg.). *Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich*, Frankfurt/M., 241-262
- Plasser, Fritz und Peter A. Ulram (2000). Rechtspopulistische Resonanzen. Die Wählerschaft der FPÖ, in: Fritz Plasser, Peter A. Ulram und Franz Sommer (Hg.) *Das österreichische Wahlverhalten*, Wien, 225-241
- Plasser, Fritz, Peter A. Ulram und Harald Waldrauch (1998). *Democratic Consolidation in East-Central Europe*, Houndmills
- Przeworski, Adam et.al (1995). *Sustainable Democracy*, Cambridge
- Putnam, Robert (1993). *Making Democracy Work. Civic Tradition in Modern Italy*, Princeton
- Rosenmayr, Leopold (Hg.) (1980). *Politische Beteiligung und Wertewandel in Österreich. Einstellungen zu Politik und Wertewandel im internationalen Vergleich*, München
- Tocqueville, Alexis De (1956). *Democracy in America*, 11th edition, New York
- Topf, Richard (1995a). Electoral Participation, in: Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs (eds.). *Citizens and the State (Beliefs in Government Volume One)*, Oxford, 27-51
- Topf, Richard (1995b). Beyond Electoral Participation, in: Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs (eds.). *Citizens and the State (Beliefs in Government Volume One)*, Oxford, 52-91
- Ulram, Peter A. (1990). *Hegemonie und Erosion. Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich*, Wien 1990
- Ulram, Peter A. (1996). Das Parteibuch. Die soziale Bedeutung der Parteimitgliedschaft, in: Wolfgang Kos und Georg Rigele (Hg.). *Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*, Wien, 287-197
- Ulram, Peter A. (1996). *Hegemonie und Erosion. Politische Kultur und politischer Wandel in Österreich*, Wien 1990
- Verba, Sidney, Norman H. Nie und Jae On Kim (1978). *Participation und Political Equality. A Seven Nation Comparison*, Cambridge
- Widfeld, Andres (1995). Party Membership und Party Representativeness, in: Hans-Dieter Klingemann und Dieter Fuchs (eds.). *Citizens and the State (Beliefs in Government Volume One)*, Oxford, 134-182

Übersichtstabelle: Statements zu den Tabellen 10 und 11

Mittelwerte (x 1-5)

Indikatoren für Interne Effektivität	
b- ich betrachte mich als ausreichend qualifiziert, um am politischen Geschehen teilzunehmen	3,17
d- ich glaube, daß ich mich in einer politischen Funktion ebenso gut bewähren könnte, wie die meisten anderen Leute	3,13
f- ich glaube, daß ich besser politisch informiert bin als die meisten anderen Leute	3,20
k- ich glaube, daß ich einen guten Einblick in die wichtigen Probleme unseres Landes habe	2,84
a- neben den Wahlen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluß darauf zu nehmen, was die Regierung tut	2,52
l- manchmal ist die Politik so kompliziert, daß Leute wie ich kaum noch verstehen können, was vorgeht	2,91
Indikatoren für Externe Effektivität	
c- Leute wie ich haben keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut	2,88
e- die Parteien wollen nur die Stimmen, die Ansichten der Wähler interessieren sie nicht	2,36
g- Abgeordnete und Politiker kümmern sich nicht um das, was Leute wie ich denken	2,62
j- die Politiker kümmern sich zuviel darum, ihre Macht zu erhalten, anstatt sich über die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung Gedanken zu machen	2,05
m- die Abgeordneten im Parlament verlieren ziemlich schnell den Kontakt mit dem Volk	2,13
Indikatoren für Politisches Vertrauen	
h- unsere Politiker machen ihre Sache im großen und ganzen recht gut	3,18
p- man kann sich meistens auf die Regierung im Parlament verlassen	3,40

Quelle: FESSEL-GfK, Bürgergesellschaft (Austrian Life Style) 1998.